



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

**Nr. 10**

**Oktober 1973**

|  |          |
|--|----------|
| <b>Freiheit für Luis Corvalan</b>  |          |
| <b>Freiheit für alle politischen Gefangenen</b>  | S. 2     |
| <b>Helsinki: Appell zur Weltsolidarität</b>  | S. 3     |
| <b>Chile</b>   |          |
| J. v. Freyberg/G. Brönner:<br>Chile zeigt: Der Feind steht rechts!                       | S. 4-9   |
| Dokumentation zum Terror in Chile  | S. 7     |
| <b>Naher Osten</b>   |          |
| Wolfram Brönner:<br>Gegen den Aggressor Israel - Solidarität mit den arabischen Völkern! | S. 10-11 |
| <b>Theorie und Praxis des Nichtkapitalistischen Entwicklungsweges</b>                    |          |
| <b>Irak</b>  |          |
| Wolfram Brönner: Beginn einer neuen Etappe des revolutionären<br>Prozesses (2. Teil)     | S. 12-18 |
| Programmatische Forderungen der Irakischen KP  | S. 18-19 |
| <b>DRV</b>   |          |
| Frank Werkmeister: Reisebericht  | S. 19-22 |
| <b>Weltkongreß der Friedenskräfte</b>  |          |
| Wilhelm M. Breuer:<br>Für Frieden, Sicherheit und Nationale Unabhängigkeit               | S. 22-23 |
| <b>Guinea-Bissau</b>   |          |
| Barbara Schilling: Gründung der Republik   | S. 24-25 |
| Amilcar Cabral: Über die Schaffung der Volks-Nationalversammlung                         | S. 25-27 |
| <b>RSA</b>   |          |
| Alfons I. Bresche: Ermordung von zwölf afrikanischen Arbeitern                           | S. 28-30 |
| <b>Kurzinformation</b>   | S. 31-32 |

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421/24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# Freiheit für Luis Corvalan! Freiheit für alle politischen Gefangenen!



Der Präsident der Republik Chile, Dr. Salvador Allende, wurde ermordet - Pablo Neruda, der große Dichter des chilenischen Volkes in den Tod getrieben. Dem beispiellosen Wüten der faschistischen Junta sind seither Tausende von Patrioten, von Arbeitern und Funktionären der Arbeiterbewegung zum Opfer gefallen.

Am 28. September verhafteten die Häscher der faschistischen Militärdiktatur Luis Corvalan und stellten ihn vor ein Kriegsgericht. Sein Leben ist in höchster Gefahr.

Die liberale Turiner Zeitung La Stampa schreibt dazu:

"Die Hochverrats-Anklage wegen Hörigkeit gegenüber einer ausländischen politischen Doktrin ist hergesucht, absurd und ohne rechtliches Fundament. Die Anklage der bewaffneten Verschwörung gegen den Staat ist verlogen."

Nur zu oft haben die Faschisten - ob in Deutschland, Spanien, Griechenland oder wo auch immer - bewiesen, daß Menschenrechte, Verfassung und Gesetz für sie keinerlei Verpflichtung sind. Sie ersticken die demokratische Bewegung im Blute, sie versuchen den Widerstand des Volkes mit barbarischem Terror zu brechen.

"Aber die sozialen Prozesse kann man weder durch Verbrechen, noch durch Gewalt aufhalten." Diese Gewißheit, die Allende in seiner letzten Rede zum Ausdruck brachte - die Gewißheit, daß

der Kampf der Völker um Freiheit, Frieden und Sozialismus unaufhaltsam ist, kann auch die Junta nicht auslöschen. Selbst wenn sie nun versucht, durch die Liquidierung der Repräsentanten der UP-Parteien und der Gewerkschaften dem Widerstandskampf des chilenischen Volkes die Führung zu nehmen; wobei sie kein noch so niederträchtiges Mittel scheute. Zur Ergreifung von Carlos Altamirano, Gladys Marin, Luis Figueroa, Luis Corvalan und vielen anderen setzte sie Kopfgelder aus.

Luis Corvalan - gewählter Senator der Republik, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chiles, ein bedeutender Repräsentant der Unidad Popular, ein hervorragender Führer der chilenischen und internationalen Arbeiterbewegung - fiel in ihre Hände.

Die Nachricht von der Verhaftung Luis Corvalans erreichte die "Internationale Solidaritätskonferenz für das chilenische Volk" in Helsinki, die erste entscheidende Schritte unternommen hat, um die nationalen Solidaritätsbewegungen zu einer machtvollen Weltbewegung zusammenzuschließen.

Ihre Forderungen für die Befreiung Luis Corvalans und aller politischen Gefangenen in Chile lauten:

"Schluß mit dem Blutvergießen! Schluß mit dem Morden und der Verfolgung! Öffnet die Gefängnisse, macht Schluß mit den Folterungen und beseitigt die Konzentrationslager! Freiheit für das chilenische Volk!"

Dem chilenischen Volk muß schnellste und umfangreiche moralische, politische und materielle Hilfe gewährt werden! Wir müssen dem chilenischen Volk helfen, seine Freiheit zurückzuerobern.

Die Bundesregierung darf nicht länger zu dem Terror der chilenischen Junta schweigen. Als Mitglied der Vereinten Nationen ist die Bundesregierung verpflichtet, sich für die Verwirklichung ihrer Charta einzusetzen. Die Bundesregierung muß den Putsch endlich eindeutig verurteilen, jede politische und wirtschaftliche Unterstützung für die Junta sofort einstellen. Der geplante Kredit von 21 Mio DM darf nicht in die Hände der Junta gelangen!

## Verstärkt die Solidarität mit dem chilenischen Volk!

# Helsinki : Appell zur Weltsolidarität

Auf der "Internationalen Solidaritätskonferenz mit dem chilenischen Volk" (Helsinki, 29./30. September), an der Repräsentanten der Parteien der Unidad Popular, Delegierte aus 53 Staaten und Vertreter von 16 internationalen Organisationen teilnahmen, wurden zwei bedeutsame Dokumente beschlossen. Neben dem politischen "Appell zur Weltsolidarität" wurde ein Dokument mit "Empfehlungen zu Aktionen für das chilenische Volk" verabschiedet, das u. a. vorsieht: Umfassende Spendenaktionen für die Opfer der Junta und für den Widerstandskampf in Chile - Protestkampagnen zur internationalen Isolierung der Militärjunta - Boykottaktionen der Gewerkschaftsbewegung gegen die für die Junta bestimmten Lieferungen - die Bildung eines internationalen Tribunals weltbekannter Juristen zur Verurteilung der Verbrechen gegen das chilenische Volk - die Durchführung eines weltweiten Solidaritätstages am 4. November. In Telegrammen an den UNO Generalsekretär Kurt Waldheim, an die UNO Menschenrechtskommission und an die Militärjunta in Santiago forderten die Konferenzteilnehmer: "die sofortige Freilassung des Senators Luis Corvalan und aller politischen Gefangenen wie die Achtung der grundlegenden Menschenrechte". Der "Appell zur Weltsolidarität mit dem chilenischen Volk", der als politische Plattform der beteiligten Organisationen und Persönlichkeiten verabschiedet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Für die von Abscheu erfüllte Welt ist Chile heute durch die Verbrechen, die der entfesselte Faschismus in diesem Lande begeht, ein Faktor der Beunruhigung. Die Furie eines vom Ausland inspirierten reaktionären faschistischen Militärputsches ist über dieses auf seine demokratischen Traditionen stolze und mit Waffengewalt überfallene Volk niedergegangen. Alle Freiheiten und Menschenrechte sind verletzt oder beseitigt. Gegen die Werktätigen und alle Menschen, die dieses Namens würdig sind, wird ein systematischer Terror ausgeübt. Die juristischen oder moralischen Schranken wurden niedergerissen, und Tausende von Menschen wurden ermordet. Die Werte der Zivilisation und der Kultur sind der gleichen Barbarei ausgesetzt.

Die Internationale Konferenz von Helsinki, die sich des äußersten Ernstes der Situation in Chile bewußt ist, hat sich auf Einladung hervorragender Persönlichkeiten, der bedeutendsten Parteien und Organisationen Finnlands am 29. und 30. September zu einer außerordentlichen Zusammenkunft versammelt und macht sich zum Sprecher der Sorge und der Entrüstung der Welt über diese Ereignisse.

Diese Konferenz ist höchst repräsentativ aufgrund der Breite und der Bedeutung der daran teilnehmenden Bewegungen und Organisationen sowie der Verschiedenheit der sie in den fünf Kontinenten unterstützenden Bewegungen. Alle Teilnehmer finden sich auf einem gemeinsamen Nenner zusammen: der zwingenden Notwendigkeit, dem chile-

nischen Volk unverzüglich in seinem Kampf zu helfen, um dem Blutbad und den Verfolgungen, denen es zum Opfer gefallen ist, ein Ende zu setzen.

Die Konferenz hat mit tiefer Ergriffenheit die letzten Worte gehört, die Präsident Allende vom Präsidentenpalast aus unter dem Bombenhagel der Militärs, die die verfassungsmäßige Regierung stürzten, an sein Volk gerichtet hat. Diese Worte widerspiegeln wahrlich die große Würde und die Festigkeit der demokratischen Überzeugung dieses wahren Helden im Kampf für die nationale Unabhängigkeit. Das edle Opfer von Salvador Allende ist für seine Landsleute und für alle Völker ein unschätzbbares Beispiel.

Der US-amerikanische Imperialismus ist der Hauptverantwortliche für die Vorbereitung und Ausführung der schrecklichen Verbrechen in Chile. Über seine internationalen Monopole und die CIA versuchte er, die Regierung der Volkseinheit zu stürzen, noch ehe sie gebildet wurde. In der Folgezeit bemühte er sich in ständiger Komplizenschaft mit der chilenischen Reaktion und den chilenischen Faschisten, die Wirtschaft Chiles zu sabotieren, Komplott auf Komplott zu schmieden und den Terror zu entfesseln, um den großen Präsidenten zu ermorden, der - seinem Volk verbunden - große Anstrengungen unternahm, der sozialen Ungerechtigkeit und der Abhängigkeit ein Ende zu bereiten, das Land zu befreien und unter Achtung der Demokratie und größter öffentlicher Frei-

heiten den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen.

Chile erlebt heute eine Neuauflage des Hitlerfaschismus - es wird ungestraft gemordet und zerstört, die Denunziation wird gefördert, die Gedanken und die Kultur werden verfolgt, Bücherverbrennungen auf den Straßen vorgenommen, zügellos werden Menschen gejagt und gefoltert, in Konzentrationslager geworfen, in zahllose Wohnungen wird eingebrochen.

Kein Mensch mit Würde und Gewissen kann solche Grausamkeiten dulden.

Die Konferenz von Helsinki hat die Verantwortung, Zeugnis abzulegen von der Beunruhigung, dem Schmerz und der Verurteilung der Völker angesichts der tragischen Ereignisse in Chile. Sie bekundet ihre entschlossene Solidarität mit dem Kampf aller demokratischen und patriotischen Kräfte Chiles gegen den Faschismus im Lande Salvador Allendes und Pablo Nerudas.

Die Konferenz macht sich zum Sprecher der gemeinsamen Bestrebungen und ist der Auffassung, daß es unerlässlich ist, eine breite, internationale Solidaritätsbewegung ins Leben zu rufen, welche die verschiedenen Kräfte sammelt, die dem chilenischen Volk helfen wollen, seine Freiheit zurückzuerobern. Die Konferenz ruft dazu auf, diesem Volk schnellste, allseitige und wirksamste moralische, politische und materielle Hilfe zu gewähren.



**Die Menschheit fordert:**

**Schluß mit dem Blutvergießen!**

**Schluß mit dem Morden und den Verfolgungen!**

**Offnet die Gefängnistore, macht Schluß mit den Folterungen und beseitigt die Konzentrationslager!**

**Achtung der Menschenwürde, der geistigen und kulturellen Werte!**

**Freiheit für das chilenische Volk!**

Die faschistische Junta muß sich für ihre Verbrechen vor dem Gericht des Weltgewissens verantworten. Die Völker werden unverzügliche und energische Unterstützung für den Widerstand und den Kampf des chilenischen Volkes bis zum unvermeidlichen Sieg mobilisieren.

# CHILE

J.v.Freyberg/G.Brönner

## Chile zeigt: Der Feind steht rechts!

Am Morgen des 11. September 1973 ging die chilenische Reaktion zum offenen Staatsstreich über. Der Regierungssitz "La Moneda" wurde bombardiert, Büros der UP-Parteien gesprengt, zahllose Mitglieder verhaftet - Präsident Allende ermordet. Tagesbefehl Nr. 10 der Junta lautete: politische Persönlichkeiten wie Luis Corvalan (KP), Carlos Altamirano (SP), Gladys Marin und Luis Figueroa sind sofort gefangenzunehmen. Die Militärjunta verhängte den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht über das ganze Land, alle UP-Parteien und die Gewerkschaftszentrale CUT wurden verboten, ihre Führer für vogelfrei erklärt, das Parlament aufgelöst.

Um den Widerstand des chilenischen Volkes zu brechen, greifen die Putschisten zu faschistischen Methoden: zu Folter, Bombardierungen von Wohnvierteln, Erschießungen, Plünderungen, Bücherverbrennung und Konzentrationslagern. Bis Ende September 1973 war die Zahl der Ermordeten schon auf 20 Tausend angestiegen. Diese Maßnahmen erinnern zu Recht an die faschistische Machtergreifung 1933 in Deutsch-

land; sie zeigen aber auch die Isolierung der Junta, die als Vollstrecker der Monopolbourgeoisie und Landoligarchie kaum über Rückhalt in der chilenischen Bevölkerung verfügt.

Die Handschrift des Putsches verrät, daß bei seiner Planung und Durchführung der US-Imperialismus seine Finger im Spiel hatte. Seit 1970, seit dem Regierungsantritt der UP hatten US-Regierung, CIA und US-Monopole in Zusammenarbeit mit der chilenischen Reaktion nichts unversucht gelassen, um die Regierung Allende zu stürzen (an die Putschpläne der ITT sei hier erinnert).

Der Sturz der UP-Regierung wurde von den USA über drei Jahre hinweg vorbereitet und finanziert. Daß der US-Imperialismus auch bei der Durchführung des Putsches seine schmutzigen Finger im Spiel hatte, ist daher nur konsequent; der Putsch trägt seine Handschrift:

- ▶ Einige Tage vor dem Putsch wurde eine geheime Chile-Arbeitsgruppe im US-Außenministerium geschaffen, an deren Beratungen der US-Botschafter in Santiago, Nathaniel Davis, teilnahm. Ein hoher



Das Ende ist bekannt.

Karikatur: Manke; Foto: ZB

- ▶ amerikanischer Regierungsbeamter bestätigte - laut SZ - "daß die Botschaft in Santiago das Außenministerium über Vorbereitungen für einen Angriff auf den Präsidentenpalast 'La Moneda' unterrichtet habe. Auch das geplante Datum des Putsches sei bekannt gewesen."<sup>1)</sup>
- ▶ Vier Tage vor dem Putsch wurden bei dem Führer von "Patria y Libertad", Rudolfo Thieme, Pläne für die Auslösung des Putsches gefunden sowie Beweise dafür, daß die faschistische Organisation vom CIA finanziert wurde.
- ▶ Die ITT-Gesellschaft schließlich errichtete der Militärjunta innerhalb weniger Stunden ein neues Kommunikationsnetz, nachdem das alte beim Putsch durch die Bombardierungen zerstört worden war.

### Regierung der Volkseinheit - Regierung für das Volk

Die Unidad Popular war 1970 siegreich aus den Präsidentschaftswahlen hervorgegangen, weil sie in ihrem Programm eine Perspektive für die Umgestaltung Chiles aufgezeigt hatte, die mit der Abhängigkeit von den Interessen der US-Monopole - der Ursache der miserablen Lage Chiles - Schluß zu machen und die Situation der Werktätigen in jeder Hinsicht grundlegend zu verbessern versprach. Nach ihrem Regierungsantritt begann sie sofort, Maßnahmen für die Anhebung des materiellen und kulturellen Lebensstandards der Arbeiterklasse und der Bauern zu ergreifen und sie in die Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben einzubeziehen.

Mit der kostenlosen Verteilung von einem halben Liter Milch täglich an alle chilenischen Kinder konnte die UP-Regierung binnen kurzem die Kindersterblichkeit um 20,1 % senken. Sie hat mit dem Bau von 4.500 Wohnungen für die Obdachlosen und 140.000 Wohnungen für die Werktätigen begonnen, eine Kampagne gegen den Analphabetismus durchgeführt, eine kostenlose ärztliche Beratung und Behandlung eingerichtet, den Arbeitslosen Arbeit gegeben (die Arbeitslosenziffer sank von 8% auf 3,7 % im Juli 72), die reale Kaufkraft der Arbeiter erhöht und den Bauern Land gegeben. 800.000 Schulplätze wurden geschaffen, 6 Mio. Schulbücher kostenlos verteilt, die Zahl der Studienplätze verdoppelt.

Dieser Kampf gegen Hunger, Armut und Unwissenheit hat die brutalste Reaktion der US-Regierung hervorgerufen und ihre Parolen von Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit, mit denen sie ihre Politik gegenüber den Ländern der "Dritten Welt" anzupreisen pflegt, Lügen gestraft. Wie wenig ernst ihr mit solchen Pa-



Unter dem Joch der Generalsjunta: Soldaten terrorisieren auf offener Straße Zivilisten  
Foto: ND-Repro

rolen ist, mußte das chilenische Volk unter der christdemokratischen Frei-Regierung bitter genug erfahren, mit der die US-Regierung ein ebenso enges Bündnis eingegangen war wie mit der heutigen Junta. Diese Frei-Regierung, die mit einem Reform-Programm angetreten war, hat aber bewiesen, daß eine Politik der Auslieferung der nationalen Wirtschaft an den Imperialismus, die es den ausländischen Monopolen gestattet, jährlich Millionen von Dollar aus dem Land herauszusaugen, nicht gleichzeitig die Bedürfnisse der großen Masse der chilenischen Bevölkerung befriedigen kann.

So zog z.B. die Anaconda Copper Mining Co., "die in allen fünf Kontinenten Kupfervorkommen ausbeutet, aus Chile 80 % ihrer Profite, obwohl sie in dem Andenland nur ganze 16 % ihrer Investitionsmittel angelegt hatte"<sup>2)</sup>. Die Ausbeutung Chiles durch die Anaconda, die Kennecott und weitere US-amerikanische Monopolgesellschaften, hatte einen solchen Umfang angenommen, daß bei der Fortsetzung dieser Praktiken (auf der Basis eines Kupferpreises von nur 0,35 Dollar je Pfund) in den 80er Jahren mehr als 1 Mrd. Dollar Profit aus dem Kupferbergbau Chiles herausgepumpt worden wären.<sup>3)</sup>

Ein fortgesetztes Ausbluten Chiles durch die US-Konzerne mußte jeden Ansatz für die Fortentwicklung der nationalen Industrie und Landwirtschaft zum Nutzen des Volkes zunichte machen.

## Kampf gegen Armut und Abhängigkeit

Um den chilenischen Kindern täglich einen halben Liter Milch geben, um Schulen, Krankenhäuser und Wohnungen bauen zu können, mußte der Geldfluß ins Ausland gestoppt, die Kupferbergwerke, Monopole und Banken in den Besitz des chilenischen Volkes überführt werden.

Um die Bauern aus ihrer halbfeudalen Abhängigkeit zu befreien, um ihnen Land zu geben, mußte den Großgrundbesitzern das Land genommen und ihre Herrschaft gebrochen werden. (Bis zum August 1972 waren 3.374 Latifundien enteignet worden; 8,99 Mio. ha, d.h. 48 % des gesamten nutzbaren Bodens konnten an die Bauern verteilt werden.<sup>4)</sup>)

Um das Lebensniveau der Armen zu heben, mußte den Reichen von ihrem Überfluß genommen werden: Die "Vierzig Erstmaßnahmen der Volksregierung" beseitigten die Supergehälter, begrenzte die hohen Gehälter, kündigten der Korruption den Kampf an, errichteten eine strenge Kontrolle über die Einkünfte und den Besitz der Staatsfunktionäre, schafften die Millionärspensionen ab. Die Mieten und Preise für die wichtigsten Grundnahrungsmittel wurden gesenkt, die Inflation wurde 1972 gestoppt.<sup>5)</sup>

So richteten sich diese ersten Schritte der UP-Regierung notwendigerweise gegen die Interessen der chilenischen Oligarchie. Doch sollte bei den in der Phase der antiimperialistisch-demokratischen Umwälzung vorgenommenen Enteignungen der in- und ausländischen Monopole nicht Halt gemacht werden. Die Regierung der Unidad Popular hatte sich erklärtermaßen zum Ziel gesetzt, "mit der Herrschaft der Imperialisten, der Monopole, der Großgrundbesitzer-Oligarchie Schluß zu machen und den Aufbau des Sozialismus in Chile zu begin-

nen."<sup>6)</sup> Damit waren die Profit- und Machtinteressen des Imperialismus und der Oligarchie in Chile aufs höchste bedroht.

## Vorbild für Lateinamerika

Aber auch durch einen weiteren Aspekt der UP-Politik mußte sich der US-Imperialismus beunruhigt fühlen. Laut "Sette Giorni", einer italienischen katholischen Wochenzeitung, betrachtete die US-Regierung das Chile der Volkseinheit als "absolut gefährliches Beispiel für Lateinamerika".<sup>7)</sup> Die UP-Regierung begann nämlich, eine aktive Außenpolitik nach denselben "Prinzipien, die unserer Innenpolitik zugrunde liegen"<sup>8)</sup>, durchzuführen. Auf der Basis der

"Politik der Nichteinmischen in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, (der) rechtlichen Gleichheit zwischen allen Staaten, (des) Respekts vor ihrer Souveränität und (der) Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts".<sup>9)</sup>

durchbrach die UP-Regierung mit der sofortigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Kuba dessen Isolierung auf dem lateinamerikanischen Kontinent. Neben der Ausweitung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten und den Ländern der "Dritten Welt" hatte die chilenische Außenpolitik vorrangig die Veränderung des Kräfteverhältnisses in Lateinamerika selbst ins Auge gefaßt. Einmal sollte mit dem konsequent antiimperialistischen Kurs die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) ihren Charakter, ausschließlich Hebel der US-Erpressungspolitik zu sein, schrittweise verlieren. Zum anderen erwies sich, daß das chilenische Beispiel einer erfolgreichen Volkseinheitspolitik, ihres Inhalts und Programms der antiimperialistischen Bewegung auf dem lateinamerikanischen Kontinent starke Anstöße gab. Die Herausbildung der "Frente Amplio" in

(weiter Seite 8)



Die neuen Herren Chiles – die Oberbefehlshaber Leigh, Pinochet, Merino und Mendoza – nach einem Dankgottesdienst

**6** Im neuen Ständestaat der Generäle sollen die Arbeiter durch die Unternehmer vertreten werden

# Faschistischer Terror

(Quelle: ND, 25./30.9.,  
3.10.1973, UZ, 3.10.1973)

**Miami.** Eine Woche lang wurde das Ehepaar Schesch aus den USA von der chilenischen Militärjunta festgehalten. Auf einer Pressekonferenz in Miami berichteten die Ehepartner über ihre furchtbaren Erlebnisse in Santiago:

„Im Nationalstadion, wo wir festgehalten wurden, haben wir persönlich die Erschießung von 400 bis 500 Gefangenen gesehen.“

**Eine Hausfrau aus der Kleinstadt Copiapo im Norden Chiles sagt aus:** „Vor dem Kasernenort wartete eine Schlange von Männern und Frauen auf Passierscheine. Ein Lastwagen fuhr vor, vollbeladen mit Männern, die von Soldaten mit schußbereiten Gewehren bewacht wurden. Die Männer wurden auf den Kasernenhof getrieben. Sie mußten sich an eine Wand stellen. Dann wurden sie vor unseren Augen erschossen.“

## Es wurden immer mehr

**Joan de Jara, die Frau des populären chilenischen Folkloresängers Victor Jara, berichtet:** Sie fand ihren Mann im Leichenhaus des Zentralfriedhofs von Santiago wieder, nachdem er Tage zuvor zusammen mit Hunderten anderen aus der Staatlichen Technischen Universität verschleppt worden war. „Victor hatte auf der Brust viele Wunden. Es waren Einschüsse. Seine rechte Hüfte war zerschmettert, es war ein ganz tiefes Loch. Ich glaube, von einer Maschinenpistole. Seine Kleidung war zerrissen, das Gesicht blutig. Er lag in einem langen Gang, neben ihm Tote über Tote. Es wurden immer mehr.“

## Einfach abgeknallt

**Ein Bauarbeiter der Fabrik „Pizzareno“ in der Nähe von Santiago berichtet:** „Wir versuchten das Werk vor dem Ansturm der Junta-Soldaten zu verteidigen. Am Nachmittag kamen Lastwagen mit Soldaten. Die Soldaten bauten einen Mörser auf, sprengten das verammelte Werktor und stürmten in den Hof. Wir schossen zurück. Als sie in das Gebäude eindrangen, zogen wir uns in das dritte Stockwerk zurück. Einige von uns wollten aufgeben. Mit weißen Taschentüchern liefen sie winkend auf die Soldaten zu. Sie wurden einfach abgeknallt. Die Soldaten hatten eine Liste bei sich, auf der die meisten unserer Funktionäre standen. Sie erschossen alle, die sie kriegen konnten. Als sie uns am Abend auf Lastwagen aus der Fabrik brachten, waren wir ungefähr 85 Leute. Am Mittag waren wir noch 250 gewesen.“

## Die „Maipu“ kam leer zurück

**Ein Hafenarbeiter aus Valparaiso beobachtete:** Das Frachtschiff „Maipu“ sollte nach Angaben des Marinekommandanten der Hafenstadt Gefangene auf Inseln im Pazifik bringen. „Abends, wenn es dunkel wurde, sahen wir immer eine Reihe von Omnibussen der staatlichen Busgesellschaft ETC an den Kai fahren, wo die „Maipu“ lag. Wieviel Leute jeweils auf das Schiff gingen, konnte ich wegen der Entfernung nicht erkennen. Dann fuhr das Schiff raus. Morgens kam es vor Sonnenaufgang wieder. Leer. Die Zeit hätte nicht gereicht, um bei einer der Inseln vor der Küste gewesen zu sein.“

## Arbeiterviertel

Die grausamsten Verfolgungen und Massaker fanden in den Arbeitervierteln von Santiago statt. Die Junta suchte besonders die Stadtteile Legua, Ho Chi Minh, Fidel, Ernesto, San Miguel, Loermida und Nueva la Habana heim.

Erschütternde Berichte hat der in UNO-Diensten stehende italienische Wissenschaftler Vittorio Lonso gegeben. „Ungefähr die Hälfte der Einwohner dieser Bezirke ist verhaftet oder erschossen worden“, sagte Vittorio Lonso.

Nach seinen Kenntnissen beteiligen sich an den Menschenjagden „Polizeielemente der drei proimperialistischen Regime in Bolivien, Brasilien und Uruguay“. Sie sind nach Chile gekommen, um politische Emigranten aus ihren Ländern aufzuspüren und zu verhaften.

## Augenzeugenberichte

Über das, was er in Chile miterleben mußte, berichtet Iswestija-Korrespondent Ruslan Tutchnin: „Von dem Ausmaß des Terrors sprechen viele Tatsachen: Die dicke Rauchschwaden spielenden Krematorien arbeiten rund um die Uhr, ununterbrochen laufen Schiffe mit immer neuen Transporten von Gefangenen, die ein tragisches Schicksal erwartet, in Richtung verschiedener Inseln im Stillen Ozean aus. Nicht ein einziger chilenischer Bürger oder ein Ausländer, gleich welche politischen Ansichten er vertritt, fühlt sich in Sicherheit...“

## Widerstand geht weiter

Die faschistischen Generale hatten geplant, mit einem Schlag den Volkswiderstand zu brechen. Aber aus dem chilenischen „Blitzkrieg“ ist nichts geworden. Die Unidad Popular ist in die Illegalität gegangen. Der Kampf geht weiter.“

## Chile: Jetzt investieren!

Zur Neuankurbelung aller Wirtschaftszweige bieten sich außergewöhnliche Möglichkeiten, ebenso auf dem Immobilien-Sektor. Gesucht wird Kapital u. Know-how. Wir bieten Koordination über das seit 25 Jahren bestehende Büro unseres Partners in Santiago. Unser Partner ist hier u. reist in Kürze nach Chile zurück. Anfragen an:

Rückert VDM, 8022 Gröndwald b. München, Prinelweg 8  
Tel. 08 11 / 6 41 18 55

DIESE ANZEIGE fanden wir am 21. September in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. („Dahinter steckt immer ein kluger Kopf.“)

# Pablo Neruda



## Die Satrapen

Nixon, Frei und Pinochet, bis heute, bis zu diesem bitteren Monat September des Jahres 1973 mit Bordaberry, Garrastazu und Banzer gefräßige Hyänen, Nagetiere, nagend an den Bannern, erobert mit so viel Blut, so viel Feuer, und beschmutzt auf den Gütern, teuflische Plünderer Satrapen, tausendmal verkauft, Verkäufer auch, getrieben von den Wölfen von New York. Dollar-hungrige Maschinen, befleckt durch das Opfer ihrer geopferten Völker, prostituierte Krämer von Brot und Luft aus Amerika mörderische Sümpfe, Bande von Zuhälter-Bossen mit keinem anderen Gesetz als der Folter und dem Hunger, der die Völker peitscht. (irgendwo in Chile, 15. September 1973)

Uruguay, der "Nationalen Vereinigung der Argentinier" und entsprechender Volkseinheitsbewegung in verschiedenen Ländern, die fortschrittliche Politik der Militärregierungen in Peru und Panama bezeugen die Ausstrahlungskraft des revolutionären Prozesses in Chile, die den USA immer gefährlicher zu werden drohte.

### Bastionen der Reaktion

Daher versuchte der US-Imperialismus mit allen erdenklichen Manövern im wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Bereich über drei Jahre hinweg verbissen, das Chile der Volkseinheit zu Fall zu bringen.

"Wir haben unsere ganze Wirtschaftsmacht dafür eingesetzt, die Regierung Allende abzuwürgen." 10)

Dabei waren dem US-Imperialismus alle Mittel recht: wertvolle technische Einrichtungen wurden zerstört, Wirtschaftsblockaden verhängt, Kredite gesperrt, chilenische Konten im Ausland beschlagnahmt.

Mit der Versicherung und Unterstützung der USA verfolgte die chilenische Bourgeoisie die gleichen Ziele. Sie benutzte die ihr verbliebenen Positionen im Parlament (die UP verfügte nur über 80 von 200 Sitzen), in der Armee, im Polizeiapparat, in der Justiz und in den Massenkommunikationsmitteln (60 % der Massenmedien verblieben in der Hand der Bourgeoisie), um jede Maßnahme der UP-Regierung zur Verwirklichung des Regierungsprogramms zu hintertreiben oder zu verhindern.



Die reaktionäre Parlamentsmehrheit verweigerte der Regierung notwendige Finanzmittel, brachte Gesetzesänderungsanträge sowie Reformvorhaben zu Fall; begonnene Bauprojekte z.B. konnten aufgrund von Geldmangel nicht weitergeführt werden.

Die Justiz tat dazu das ihrige: Wirtschaftsverbrechen wurden kaum verfolgt, Verfahren gegen Mitglieder der faschistischen "Patria y Libertad" eingestellt, oder Entscheidungen niederer Gerichte wurden durch das Oberste

Gericht - ein Zentrum der Reaktion - revidiert. So konnte der Mord an dem Oberbefehlshaber der Armee, General Schneider nicht aufgeklärt werden, da das Oberste Gericht die Entscheidung des Santiagoer Appellationsgerichtes aufhob, dem Senator Raul Morales Adriaola die parlamentarische Immunität abzusprechen, um ihn wegen Beteiligung an der Ermordung General Schneiders vor Gericht zu stellen.

Die Massenmedien unterstützten in beispielloser Demagogie mit Falschmeldungen und Verleumdungen diese Politik.

Sabotage, Boykott und Zerstörung von Produktionsmitteln, Hortung von Waren, Schmuggel und Schwarzmarkt sollten künstliche Wirtschaftskrisen auslösen und ein wirtschaftliches Chaos herbeiführen.

### Organisierung der Volksmacht

Wie konnte die Unidad Popular diesen massiven Angriffen entgegenwirken?

Aufgrund der präsidentenrepublikanischen Verfassung verfügte sie über den Kernbereich der politischen Exekutive; jedoch vermochte sie den Positionen der Bourgeoisie vor allem die Stärke ihrer gesellschaftlichen Machtorgane gegenüberzustellen:

Die Basiskomitees der UP standen am Beginn dieser Entwicklung. Darüberhinaus wurden die Räte für Versorgung und Preiskontrolle geschaffen, die -teilweise mit staatlichen Funktionen ausgestattet - Schmuggel, Wucher etc. bekämpften und die staatlich festgesetzten Preise kontrollierten. Sie halfen Versorgungsschwierigkeiten zu mildern und lehrten gleichzeitig große Teile der Bevölkerung, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Neue Formen der Justiz wurden geschaffen; so die "marginados", ein Instrument der proletarischen Justiz, das große Erfolge bei der Bekämpfung der Kriminalität vor allem in den Slums zeitigte.

Nach einem gemeinsamen Aufruf der Gewerkschaftszentrale CUT, der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei entstanden Selbstschutzkomitees in den verstaatlichten Betrieben. 1,5 Mio Arbeiter schlossen sich in den Verteidigungskomitees zusammen, schützten ihre Fabriken Tag und Nacht, leisteten Freiwilligenarbeit. Diese Entwicklung des Bewusstseins und einer neuen Moral in Chile, wo das "manana"-Denken (d.h. auch wichtige Dinge auf den nächsten Tag zu verschieben) und Bummel zum Alltag gehörten, veranschaulicht die Bereitschaft der Arbeiterklasse, den erreichten Fortschritt zu verteidigen.



Die Organisierung der werktätigen Massen, ihre Befähigung zur Leitung und Planung der gesellschaftlichen Aufgaben und die umfassende Unterstützung der Arbeiterklasse - das waren und sind die Trümpfe der Unidad Popular.

Seit den Märzahlen, aus denen die UP als Sieger hervorging, verschärfte die chilenische Reaktion ihre konterrevolutionäre Strategie. Mit Wirtschaftssabotage und dem als "Streik" getarnten Boykott der Fuhrunternehmer, Terror, Sprengstoffanschlägen und Mord versuchte sie, die Regierung Allende zum Bruch der Verfassung zu provozieren, um damit einen Vorwand zum Staatsstreich zu konstruieren. Als aber diese Absichten fehlschlügen und die UP-Regierung dennoch ihre Positionen festigen konnte, verzichtete die Reaktion auch auf den bloßen Anschein von Legalität.

#### **Putsch - Instrument des Imperialismus**

Der konterrevolutionäre Putsch und die Errichtung einer faschistischen Militärdiktatur hat die Entwicklung Chiles zum Sozialismus unterbrochen. Die einheimische Reaktion und der sie stützende US-Imperialismus haben dabei zu verbrecherischen Methoden und Mitteln gegriffen, die sie immer dann anwenden, wenn ihre "legale" Machtausübung durch Regierung, Justiz, Militär und Massenmedien gefährdet oder unmöglich wird. Die Forderung nach Wahrung der bürgerlich-demokratischen Rechtsnormen und der Verfassung, von der Bourgeoisie sonst gegen demokratische Bewegungen und fortschrittliche Kräfte demagogisch gewendet, erweist sich als scheinheilige Verschleierung ihrer institutionellen Machtausübung, solange sie sich nicht gezwungen sieht, zum blanken Terror zu greifen. In Chile werden diese Normen schamlos und auf brutalste Weise mit Füßen getreten - und zwar von der Reaktion, nicht aber von der Regierung der Volkseinheit, die stets die verfassungsmäßige Ordnung gestützt hat.

Für die Monopolbourgeoisie der BRD und ihre Massenmedien ist dies kein Hinderungsgrund, die Verbrechen des US-Imperialismus und seiner chilenischen Verbündeten zu rechtfertigen.

Im Gegenteil: Die FAZ übernahm ungeniert die Nomenklatur der Junta, ihr Putsch gelte der "Befreiung von marxistischen Joch", als

### **Chile-Solidarität**

Sonderkonto Prof. Erich Wulff

PSchA Frankfurt/M. Kto. 527055 - 602

Kennwort: Chile-Solidarität

sie die "Bestürzung" "öffentlicher Stellen" der BRD über die Mißachtung der Legalität verhöhrte: "Eine solche Denkschablone zeugt nicht nur von politischer Einfalt, sondern dokumentiert auch totale Unkenntnis von den Verhältnissen in Chile".<sup>11)</sup> Diese Unkenntnis braucht sich die FAZ wirklich nicht vorwerfen zu lassen, veröffentlichte sie doch bereits zehn Tage nach dem Putsch folgende Anzeige:

"Chile: Jetzt Investieren! Zur Neuankurbelung aller Wirtschaftszweige bieten sich außergewöhnliche Möglichkeiten ...".<sup>12)</sup>

Der Putsch in Chile und der kaum verhohlene Jubel, den die Imperialisten in aller Welt angestimmt haben, verweist auf ihre ungebrochene Gefährlichkeit und Aggressivität. Er zeigt, daß der Feind der Demokratie in Chile und anderswo den gleichen Namen trägt, und daß der Kampf um die Verteidigung und Ausweitung demokratischer Rechte und Freiheiten im eigenen Land Teil der internationalen antiimperialistischen Solidarität ist.

#### Anmerkungen

- 1) Süddeutsche Zeitung (SZ), 14.9.1973
- 2) Neues Deutschland (ND), 19.9.1973
- 3) ND, 19.9.1973
- 4) ND, 13.9.1973
- 5) vgl. Die vierzig Erstmaßnahmen der Volksregierung, in: A.Acquaviva u.a., Das Chile der Volkseinheit, Frankfurt 1972, S. 155 ff.
- 6) Das Programm der Volkseinheit vom Dezember 1969 (Auszüge), H.R. Sonntag, Revolution in Chile, Frankfurt 1972, S. 244
- 7) Unsere Zeit (UZ), 15.9.1973
- 8) Erste Botschaft des Präsidenten vor dem gesamten Kongreß am 21. Mai 1971 (Auszüge), in: H.R. Sonntag, a.a.O., S. 267
- 9) ebenda
- 10) Der amerikanische Kongreßabgeordnete Harrington, ND, 14.9.1973
- 11) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 15.9.1973
- 12) FAZ, 21.9.1973

Antiimperialistisches

Informationsbulletin

**11-12/1973**

### **CHILE-REFERAT**

Redemanuskript und Dokumententeil, ca. 70 S.

Das Chile-Referat des AIB erscheint als reguläre Nummer 11-12 / 1973.

# NAHER OSTEN

Wolfram Brönner

## Gegen Aggressor Israel - Solidarität mit den arabischen Völkern

Bereits am 13. September 1973 trieben Israels herrschende Kreise ihre fortwährenden Provokationsakte gegen den Nachbarstaat Syrien auf die Spitze, als 64 israelische Kampfbomber 100 km in syrisches Territorium eindringen, um einen großangelegten Luftangriff gegen die syrische Stadt Tartus zu fliegen. Sie entfesselten einen mehrstündigen Luftkampf bezeichnenderweise in der Nähe der von Syrien nationalisierten Erdölpipeline, die das 1972 verstaatlichte irakische Erdöl zum Mittelmeer transportiert.

Ebenfalls im September bekräftigte die israelische Regierungspartei mit der Verabschiedung eines Programms zur Errichtung weiterer "Wehrdörfer", Industrieanlagen und Städte, in den seit 1967 besetzten arabischen Gebieten "keinen Fußbreit" von ihrer Politik der Annexion abzugehen. Seit 1967 hält Israel arabische Gebiete besetzt, die das Dreifache seines eigenen Territoriums ausmachen. Aus den eroberten ägyptischen Erdölfeldern zieht Israel einen täglichen Profit von 100.000 US-Dollar.

Israel sabotierte alle Initiativen der UNO, der arabischen Länder und der Friedenskräfte in aller Welt, eine gerechte politische Lösung herbeizuführen.

Im Oktober 1973 befand sich die israelische Regierung in einer weltweiten Isolation wie nie zuvor. Eine Reihe nichtpaktgebundener Staaten verurteilte 1973 den Aggressor nicht nur von der internationalen Tribüne der UNO, der OAU, der Algier-Konferenz aus, sondern brach auch die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab und drohte internationale Sanktionen gegen Israel an. Selbst in den USA mehrten sich vereinzelte Stimmen, die aus Sorge um die Erdölversorgung die Beendigung der bedingungslosen militärischen, finanziellen und politischen Unterstützung für Israel verlangten und die sich für eine sogenannte "ausgewogene Nahostpolitik" aussprachen.

Gestützt auf die allseitige Schützenhilfe Nixons und der westdeutschen Reaktion suchte Tel Aviv zielstrebig sein Heil in der Entfesselung eines neuen Krieges. Das ließ die Eskalation der Aggressionsakte in den letzten Monaten ebenso erahnen wie eine Reihe von An-

kündigungen eines neuen Waffenganges durch israelische Führer.

Beispielsweise erklärte General Rabin Ende Juli:

"Die USA liefern uns die Waffen, damit wir uns bedienen, wenn es nötig sein wird. ... Die Erkenntnis wächst und festigt sich in den USA, daß es der zivilisierten Welt in einem Extremfall erlaubt ist, mit Gewalt die Kontrolle der Ölquellen an sich zu reißen." 1)

Kriegsminister Dajan ermunterte kürzlich:

"Ich glaube, daß der Friede mit den Arabern als Ziel Israels keine Priorität hat. Wir haben jetzt die militärische Stärke, die es uns erlaubt, uns überall niederzulassen." 2)



Ohne diese strategischen Ziele Israels, ohne die konkrete Lage, in die sich Israel hineinmanövrierte, zu nennen, bleiben bei der Darstellung des "Extremfalls" logischerweise die eigentlichen Ursachen und Triebkräfte des Kriegsausbruches unerkannt. Die Herrschenden in der BRD und ihre Medien griffen begierig die israelische Regierungslüge von der angeblichen arabischen Aggression auf, schwelgten in Vorfreude über einen neuen "Blitzkrieg".

Wir, die antiimperialistischen und Friedenskräfte, berücksichtigen jedoch die historische Wahrheit, daß Israel der Aggressor ist und die arabischen Völker und Staaten die Opfer sind.

Welche Fakten belegen Israels Inszenierung des Krieges?

Am 3. und 4. Oktober d. J. konzentrierte Israel große Truppenkontingente an den Feuerstellungslinien Syriens, Ägyptens, sowie an der Grenze zum Libanon. Die Mobilmachung begann. Der Journalist Hans Lebrecht berichtete aus Tel Aviv,

"daß die dortige Regierung vier Stunden vor Ausbruch der Kampfhandlungen zu einer Sonder-sitzung zusammentrat. Zur selben Zeit, wurden Botschafter verschiedener westlicher Staaten in das Außenministerium gebeten, um sie 'über die Lage zu informieren'." 3)

Die bürgerliche Financial Times schrieb am 5. Oktober, Israel bereite offenbar eine Invasi-on gegen Syrien vor.

In der Tat. Am 6. Oktober schlug Israel los, an beiden Fronten mit konzentrierten Truppen-kontingenten gleichzeitig. Kriegsminister Da-jan erklärte am gleichen Tage, Israel werde nun "einen richtigen Krieg beginnen"; und die Regierung in Tel Aviv beauftragte ihre Truppen, "über die Waffenstillstandsgrenzen (von 1967) hinauszustoßen." 4)

Nach Augenzeugenberichten starteten vom US-Mi-litärstützpunkt 'Oceana' Transportflugzeuge der USA mit Bomben, Raketen, Artilleriemuni-tion und Granaten nach Israel. 5) Kriegs-schiffe der 6. US-Flotte liefen in Richtung Is-rael aus. In der UNO bezog der Sprecher der US-Regierung die Position Israels, als künftige Waffenstillstandsbasis komme nur die Aus-gangslage, d. h. die Verewigung der Okkupation arabischen Territoriums in Frage. Ins gleiche Horn stießen die herrschenden Kreise in der BRD.

Zynisch erwog beispielsweise am 9. Okto-ber die Stuttgarter Zeitung:

"Die Frage, ob Israel einsatzfähige Atombomben hat oder nicht, kann bei dieser Betrachtung außer acht bleiben. Eine Zerstörung des ägyptischen Assuandamms auch mit herkömmlichen Sprengsätzen müßte für das Nilland eine Kata-strophe von atomarem Ausmaß auslösen. Auch Sy-riens neuer Euphratdamm liegt in der Reichweite ... von den übervölkerten Großstädten in Ägypten und Syrien ganz zu schweigen."

Doch ganz anders als in dem israelischen "Blitzkrieg" 1967 brachte auch der 6. Tag des neuen Aggressionskrieges keine Entscheidung. Israel mußte hohe Verluste hinnehmen, Ägypten und Syrien kämpften erfolgreicher als man ver-mutete, beide Staaten bauten auf das mit sow-jetischer Hilfe errichtete Luftabwehrsystem. Bis heute hält Syrien trotz wachsender Verlu-ste stand, Ägypten kämpft gar mit Vorteilen. Die arabische Welt, die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten üben umfassen-de praktische Solidarität. Den internationalen Finanzkapitalisten droht ein arabischer Erdöl-boycott. Der Militärexperte der großbürgerli-chen Presse, A. Weinstein, spricht von der "Härte und Widerstandskraft der arabischen Truppen" als der "großen Überraschung für Isra-el und die Weltöffentlichkeit." 6)

Tags darauf stellt Weinstein - noch immer skep-tisch - fest, Israels militärpolitische Stra-tegie lasse

"wenig Spielraum für politische Lösungen ... Wer so plant (wie das zum Kriegerstaat gewor-dene Land), auf dem liegt der Zwang, militä-risch ständig zu siegen."

Die Debatten in der UNO verwandelten sich in diesen Tagen in ein Tribunal gegen Israel. Ver-urteilt wurde Israel als Aggressor in einer ge-meinsamen Erklärung von 80 blockfreien Staaten, von allen sozialistischen Ländern und schließ-lich auch von Frankreich. Nach dem Bekanntwer-den israelischer Bombardements auf zivile Zie-le, nach dem israelischen Einsatz von Napalm-bomben schwoll die weltweite Verurteilung Is-raels zu einem Proteststurm an.

Viel Beachtung fand das resolute Auftreten des Vertreters der UdSSR, Malik, der die Lügenge-schichten des israelischen Vertreters Tekoa so zurückwies:

"Meine Delegation ist nicht willens die Ent-schuldigungen und das Beileid der Vertreter der Mörder und internationalen Gangster anzu-hören." 7)

Die Entfesselung dieses 4. Nahost-Krieges seit 1948 durch den imperialistischen "Stell-vertreter" Israel zeigt erneut, daß es keine gerechte und dauerhafte Lösung in dieser Re-gion geben kann ohne die vollständige Befrei-ung aller von Israel annektierten arabischen Gebiete, ohne die Gewährleistung der legiti-men Rechte des arabischen Volkes von Palästi-na.

Die Solidarität der antiimperialistischen Be-wegung in aller Welt gehört in diesen Tagen den kämpfenden arabischen Völkern. Sie verur-teilt aufs Schärfste die verbrecherischen Bombardements und unterstützt die legitimen Forderungen der arabischen Staaten und Völker nach der Befreiung aller von Israel besetzten arabischen Gebiete.

Die fortschrittlichen Kräfte in der BRD for-dern von der Bundesregierung die sofortige Einstellung der fortgesetzten materiellen und politischen Hilfeleistungen für den Aggressor-staat. Wir fordern von der Bundesregierung, in der UNO eindeutig Stellung zu beziehen gegen Israels Aggressionspolitik und die Beschlüsse der UNO von 1967 und 1970 aktiv zu unterstüt-zen.

#### Anmerkungen:

- 1) DVZ, 20. 9. 1973
- 2) DVZ, 11. 10. 1973
- 3) UZ, 12. 10. 1973
- 4) ND, 10. 10. 1973
- 5) vgl. Münchner Merkur, 12. 10. 1973
- 6) FAZ, 12. 10. 1973
- 7) FAZ, 11. 10. 1973

(Abschluß des Artikels 12. 10. 1973)

---

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt: G. Brönner, W. Brönner, P. Dietzel, G. Gie-senfeld, G. Görden, A. Hebel, W. Herrmann, O. Jäckel, S. Moster, H. Neumann, H. Peters. 11

# THEORIE UND PRAXIS DES NICHTKAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNGSWEGES

## IRAK

Wolfram Brönner

### Beginn einer neuen Etappe des revolutionären Prozesses (II)

Als am 17.7.1973 die Arabische Sozialistische Baath-Partei (ASBP) und die Irakische Kommunistische Partei (IKP) die "Nationale Fortschrittsfront" bildeten, wurde ein neues Kapitel der Beziehungen zwischen den beiden Parteien aufgeschlagen und zugleich günstigere Bedingungen zur Lösung der vielfältigen innenpolitischen Aufgaben geschaffen. Auf dem Wege der schrittweisen Überwindung der ökonomischen Unterentwicklung und der sozialen Rückständigkeit spielen die Nationalisierung des Erdöls, die Einleitung einer umfassenden Industrialisierung und die Verwirklichung einer radikalen, antifeudalen Agrarreform eine herausragende Rolle. Diese im folgenden näher behandelten Grundfragen der nichtkapitalistischen Entwicklung des Landes können allerdings nicht von der Lösung der Nationalitätenfrage, d.h. von der sozialen und politischen Regelung der Probleme zwischen Arabern und Kurden (25% der Bevölkerung), getrennt betrachtet werden. Der ernsthafte Versuch, diesen schwelenden inneren Konflikt - von 1961 bis 1970 befanden sich irakische Regierungstruppen und Kurdenbewegung im latenten Kriegszustand -, erhält durch den zusätzlichen Aspekt der ständigen äußeren Bedrohung (Vgl. Teil I, AIB Nr. 9/73, S. 20/21) fundamentale Bedeutung.

#### Das Abkommen vom 17. Juli 1973

Welche Möglichkeiten eröffnet das Abkommen von Baathisten und Kommunisten für den allgemeinen Entwicklungsprozeß des Irak und zur Lösung der Kurdenfrage?

Er nennt als Hauptziele zum einen den gemeinsamen Kampf aller fortschrittlichen Kräfte gegen "die Eskalation der aggressiven Pläne" des Imperialismus, Zionismus und der Reaktion im arabischen Lager, sowie die Mobilisierung der Volksmassen "als eine vordringliche Aufgabe", um einen perspektivischen "Übergang zum

Sozialismus" zu gewährleisten. Zum anderen nennt das Abkommen als gleichgewichtige Aufgabe die Herstellung einer Einheitsfront aller Nationalitäten und aller demokratischen Parteien, konkret der "Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) als aktiver Partner in der Front"<sup>1)</sup>. Weiter sieht das Abkommen ausdrücklich die gemeinsame Machtausübung der drei nationalen Parteien, "die Vollendung der friedlichen und demokratischen Lösung der kurdischen Frage auf der Linie des historischen Manifestes vom 11. März 1970" und die "Verwirklichung der Selbstverwaltung des kurdischen Volkes"<sup>2)</sup> vor.

#### Hemmnisse bei der Lösung des Kurdenproblems

Präsident Al Bakr hatte am 1. Mai 1973 nochmals angekündigt, daß die kurdische Selbstverwaltung - wie im Manifest 1970 vereinbart und am 17. Juli 1973 bekräftigt - bis zum März 1974 verwirklicht werden soll. Die Kommunistische Partei erklärte sich bereit, ihre Vermittlerrolle zwischen Baathisten und Kurden fortzusetzen. Dennoch hat sich die DPK bislang der "Nationalen Fortschrittsfront" nicht angeschlossen, obgleich die Selbstverwaltung immer eine der zentralen Forderungen der Kurden war. In den nationalistisch gefärbten Vorstellungen der DPK über die **A u t o - n o m i e d e s N o r d i r a k** sowie in ihren überzogenen Forderungen, den Anteil der kurdischen Nationalität an der zentralen Staatsgewalt betreffend, wirken offenkundig die Erfahrungen jahrzehntelanger Unterdrückung nach. D. Hollmanns Erfahrungsbericht aus Irakisch-Kurdistan vermittelt konkrete Anhaltspunkte:

"Noch hat sich offenbar in der kurdischen Führungsschicht nicht die Erkenntnis durchgesetzt, daß die Realisierung des Manifestes vom 11. März 1970 zur friedlichen und demokratischen Lösung des Kurdenproblems weitgehend vom Bestehen und von der Festigung des nationalrevolutionären Regimes im Irak abhängt. Anders ist z.B. ihr (Allein-, d.V.) Anspruch auf das Erdölgebiet von Kirkuk, in dem (zudem, d.V.)

die Bevölkerungsproportionen gemischt sind..., nicht zu verstehen. Seit der Nationalisierung der IPC ist der Name Kirkuk geradezu ein Symbol der erfolgreichen antiimperialistischen Politik Iraks. Gerade dieses Gebiet ist derzeit noch das wirtschaftliche Fundament, auf das Irak seine progressiven nationalen und sozialen Ziele gründet." 3)

Die Führung der DPK scheint ferner die massive Bedrohung, der die Regierung Al Bakr gegenwärtig durch die in- und ausländische Konterrevolution ausgesetzt ist, zu unterschätzen. Der kürzlich von Kurdenführer Barazani in einer Presseerklärung veröffentlichte Appell an "westliche" Länder wie die USA, "den Kurden politische, humanitäre und militärische Hilfe" zu gewähren, gibt - obgleich später dementiert - zu ernststen Befürchtungen Anlaß,

"daß reaktionäre ausländische Kreise ihren Einfluß auf die Kurdenbewegung durchsetzen könnten, um die legitimen Interessen des kurdischen Volkes in falsche Bahnen zu lenken und der imperialistischen Politik in dieser Region dienstbar zu machen." 4)

Gerade die jüngsten Erfahrungen des reaktionären Staatsstreichversuches vom 30. Juni 1973 unterstreichen sowohl die Gefährlichkeit derartigen Positionen der Kurdenführer als auch die Notwendigkeit einer erhöhten Wachsamkeit der nationalrevolutionären Kräfte in der nördlichen Region des Irak.

Schließlich scheint zum Verständnis dieses langwierigen Verhandlungsprozesses der Verweis auf bestimmte soziale Aspekte der Kurdenbewegung, d.h. auf die Heterogenität ihrer Zusammensetzung er-



**Iraks Frauen stellen Anfang der siebziger Jahre bereits**

**30,2 % der Lehrkräfte**

**20,9 % des medizinischen Personals**

**20,0 % der Mitarbeiter von Versicherungsgesellschaften**

**16,0 % der Beamten im Ministerium für Planung**

Foto: NOR./Auslandsdienst

forderlich. So sind in ihren bewaffneten Verbänden auch Kräfte der feudalen kurdischen Oberschicht vertreten. Diese Kräfte sind zwar im allgemeinen bereit, ein autonomes Kurdistan innerhalb des irakischen Territorialstaates zu akzeptieren, wenden sich aber ihren Klasseninteressen entsprechend gegen die tiefgreifenden sozialökonomischen Umgestaltungen der Baath-Regierung, speziell gegen die radikale Agrarreform. Darüber hinaus "betrachten die progressiven Kräfte (mit grosser Sorge) die unkontrollierbaren Kontakte, die in den Bergen zum benachbarten Iran florieren. Reichlich Geld und vor allem Waffen sollen über die Grenze hereingebracht werden." 5)

### Maßnahmen zur Lösung der Kurdenfrage

Trotz der skizzierten Hemmnisse und der daraus erwachsenden nicht zu unterschätzenden Gefahren ist der Prozeß der Annäherung zwischen Kurden und Arabern in den letzten drei Jahren merklich vorangekommen. Die DPK spielt bei der aktiven Einbeziehung der kurdischen Volksmassen in den Prozeß revolutionärer Umgestaltungen, beim Abbau des historisch bedingten gegenseitigen Mißtrauens eine vorwärtstreibende, fortschrittliche Rolle.

Indessen wurde diesen Entwicklungstendenzen mit dem Abkommen vom 17. Juli 1973 eine echte politische Perspektive gegeben, die den Weg zu einer vollen Gleichberechtigung der kurdischen Nationalität zu ebnen vermag; eine Perspektive also, die für das kurdische Volk in den benachbarten proimperialistischen Diktaturen des Iran und der Türkei in weiter Ferne liegt.

Die Baath-Regierung aber hat in den letzten Jahren durch eine Reihe konkreter Maßnahmen die Lösung des Kurdenproblems in Angriff genommen. So hat sie:

- fünf kurdische Minister und drei kurdische Gouverneure ernannt;
- die kurdische Sprache als zweite Landessprache im Unterrichtssystem, in staatlichen Institutionen und Massenmedien anerkannt;
- die freie und gleichberechtigte Mitarbeit kurdischer Arbeiter, Bauern, Studenten, Lehrer und Frauen in den nationalen Massenorganisationen verfügt (die kurdischen Gewerkschafts-, Bauern- oder Frauenverbände behalten ihre Eigenständigkeit und sind den nationalen irakischen Dachverbänden assoziiert);
- zahlreiche neue staatliche Industriebetriebe (Textil-, Zement-, Zuckerfabriken, Elektrizitätswerke etc.) im besonders rückständigen, ökonomisch unterentwickelten Nordirak errichtet; und
- eine Reihe neuer Bildungseinrichtungen in Irakis-Kurdistan, darunter eine 'kurdische' Universität in Sulaimaniye geschaffen.

Die ersten meßbaren Erfolge dieser konstruktiven Politik der ASBP wurden z.B. in der ak-

tiven Unterstützung der Regierung Al Bakr bei der Nationalisierung des Erdölmonopols IPC durch die Kurdenbewegung oder in der solidarischen Haltung der DPK während des reaktionären Putschversuchs im Juni 1973 sichtbar.

### Sozialökonomische Umwälzung

Das Beispiel der kurdischen Nationalitätenfrage verdeutlicht, daß ein konsequentes Voranschreiten des Irak auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dennoch nur schrittweise lösen kann. Denn die britische Kolonialherrschaft hat dem Irak eine schlimme Erbschaft aufgebürdet: eine tiefe Abhängigkeit von den imperialistischen Staaten, industrielle Unterentwicklung, Deformation der Wirtschaftsstruktur (Monokulturen), Massenarmut, Analphabetentum, Arbeitslosigkeit, eine katastrophale Gesundheitsversorgung sowie rückständigste kulturelle Traditionen und Klassenstrukturen. Die Festigung der nationalen Unabhängigkeit, die Aufgabe der raschen Überwindung der ökonomischen und sozialen Rückständigkeit erfordern eine langfristige, planmäßige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption ebenso wie die Erweiterung der demokratischen Rechte der werktätigen Massen, ihre gewerkschaftliche wie politische Organisation und aktive Einbeziehung in den revolutionären Entwicklungsprozeß. Hierin liegt auch der Schlüssel zur erfolgreichen Abwehr aller konterrevolutionären Anschläge der inneren und äußeren Reaktion, zur gemeinsamen Verteidigung und Vertiefung der sozialen und politischen Errungenschaften des irakischen Volkes.

Hier einige wichtige Stationen des Prozesses sozialrevolutionärer Umgestaltungen der letzten Jahre:

- Mit der Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes im Frühjahr 1970, eines Gesetzes über die Renten- und Sozialversicherung 1971, der Einführung des 8-Stundentages erhielten Arbeiter, Angestellte und werktätige Bauern günstigere Ausgangsbedingungen zur organisierten Einflußnahme sowie zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, die wiederum mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Bildungsmöglichkeiten verbunden sind. Das neue Arbeitsgesetz sichert den Werktätigen nicht nur erstmalig die freie gewerkschaftliche und politische Betätigung zu, sondern bestimmt zugleich ihre aktive Mitarbeit in zentralen wie örtlichen Planungsbeiräten und -kommissionen. Mit dem Gesetz über Renten und Sozialversicherung garantierte die irakische Regierung den arbeitenden Massen in Stadt und Land erstmalig staatliche Unterstützung im Falle von Arbeitsunfällen, Krankheit, Invalidität und im Alter.
- Mit dem Gesetz zur Agrarreform von 1970 nahm die Baath-Regierung eine resolute Entmachtung der feudalen Groß-

grundbesitzerklasse und tiefgreifende Maßnahmen zur Umgestaltung der Landwirtschaft vor (siehe weiter unten).

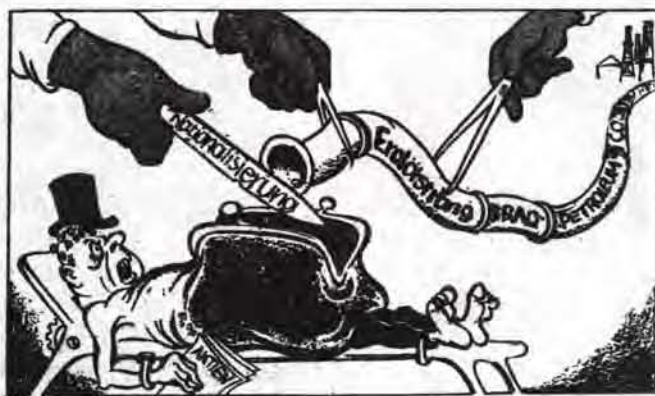
- Eine breite Kampagne zur Überwindung der hohen Analphabetenrate (1958: 83%; 1972 noch 42%), die Neuorganisation des Schulsystems (polytechnischer Unterricht etc.), die planmäßige Errichtung neuer Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser sowie verstärkte Anstrengungen zur Überwindung traditionell verwurzelter sozialer Schranken, die der Gleichberechtigung der Frauen im Wege stehen, sind weitere wichtige Aspekte einer Politik der grundlegenden Veränderung rückständiger Sozialstrukturen.

### Nationalisierung des Erdöls

Die politischen und sozialökonomischen Errungenschaften des Irak unter der Baath-Regierung fanden ihre Höhepunkte in:

- der Aufnahme der nationalen Erdölförderung und -verarbeitung durch die mit sowjetischer Hilfe errichtete staatliche 'Iraq National Oil Company' (INOC) auf den Erdölfeldern von Nordrumailah am 7. April 1972; und in dem
- Gesetzeseerlaß des revolutionären Kommandorates vom 1. Juni 1972 zur Nationalisierung der Anlagen des britisch-amerikanisch-französisch-holländischen Ölkonzerns 'Iraq Petroleum Company' IPC (Anlagewert 3,5 Mrd DM). Mit diesen Maßnahmen antwortete die Regierung auf die fortwährenden Erpressungsversuche (Drosselung der Erdölförderung 1972 um 50%) durch die IPC-Konzernleitung, die mit schweren finanziellen Verlusten für den Irak verbunden waren.

Die nationalen Parteien und die werktätigen Massen unterstützten diese Enteignungsmaßnahme der Regierung Al Bakr gegen die imperialistischen Ölhaie als große revolutionäre Errungenschaft, als den größten Sieg des Irak über den Imperialismus seit dem Austritt aus dem "Bagdad-Pakt" 1959.



„Operation zur Enttarnung der Profitliebe“ unterschrieb ein sowjetischer Kritiker eine Zeichnung anlässlich der vorläufigen Nationalisierung der IPC in Irak, eines Schrittes, für dessen Erfolg die irakische Politik des Bündnisses der antimperialistischen Kräfte ausschlaggebend war.  
Kritiker nach „Prawda“

Zweifelsohne spielte in der Situation der Enteignung der IPC im Juni 1972 die tags darauf von der Regierung des Nachbarstaates Syrien verfügte Verstaatlichung der Pipelines, Pumpstationen und Verladeeinrichtungen der IPC eine hervorragende Rolle. Gleiches gilt für die solidarische Haltung der anderen progres-

siven arabischen Regimes und des Allarabischen Gewerkschaftsbundes, ICATU.

In dieser entscheidenden Phase, als die wichtigsten nationalen Naturreichtümer den raffgierigen Händen des internationalen Imperialismus entrissen und in staatliches Eigentum überführt wurden, entwickelte sich die Hilfe der Sowjetunion zu einem maßgeblichen Faktor. Der Abschluß eines sowjetisch-irakischen Beistandsvertrages ("Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit") am 9.4.1972 stärkte das politische und militärische Rückgrat der Regierung Al Bakr in einer Situation, da den imperialistischen Positionen in dieser Region ein äußerst empfindlicher Schlag versetzt wurde - was die USA noch Jahre zuvor mit direkten militärischen Interventionen beantworten konnten. Auch der von den imperialistischen Staaten angekurbelte Wirtschaftsboykott gegen den Irak scheiterte - nicht zuletzt durch die Bereitschaft der UdSSR und anderer sozialistischer Staaten, einen Teil des verstaatlichten Rohöls abzunehmen. Am 1.3.1973 sah sich die IPC-Konzernleitung gezwungen, eine Verpflichtung zur Zahlung einer Schadensersatzsumme in Höhe von 1,3 Mrd DM an die irakische Regierung zu unterzeichnen und ihr die IPC-Tochtergesellschaft 'Mossul Petroleum Company' (MPC) zu übereignen.

### Radikale Umgestaltung des Agrarsektors

Neben der nationalen Nutzung der Erdölressourcen markieren grundlegende, radikale Veränderungen in der Landwirtschaft das zweite herausragende Erscheinungsmerkmal des revolutionären Prozesses im Irak.

Der hohe Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung (58%) unterstreicht die hohe Bedeutung derartiger Maßnahmen in diesem Bereich. So beinhaltet die entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzerklasse (von 2 Mio ha kultivierbarem Boden) sowohl die ökonomische Entmachtung einer der Hauptstützen der sozialen Reaktion als auch die Befreiung eines nicht unerheblichen Teiles der Bauernmassen vom Los feudaler Ausbeutung und Knechtschaft.

Dieser Enteignungswelle der Jahre 1971/72 folgte die unentgeltliche Verteilung des freigewordenen Bodens an Landarbeiter und landarme Bauern.

Mit der gleichzeitigen Orientierung auf die Bildung von Kooperativen bzw. Produktionsgenossenschaften verleiht die irakische Regierung diesen antifeudalen Maßnahmen eine echte Perspektive. Denn neben der vereinzelt Errichtung von staatlichen Agrarwirtschaften unterstützt der Staat die sich zu



Genossenschaften zusammenschließenden Bauern mit Darlehen, unentgeltlichen finanziellen Zuwendungen, der Bereitstellung von Traktoren, Erntemaschinen etc. und mit dem Bau von künstlichen Bewässerungssystemen.



Für die Entwicklung der Landwirtschaft ist die Anlage künstlicher Bewässerungssysteme von hoher Bedeutung.

Belief sich die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften verschiedener Kategorien 1968 erst auf 473, so erreichte sie 1973 bereits 1.400. Die heute nahezu 200.000 genossenschaftlich organisierten Bauern bestellen eine Fläche von 9 Mio ha Land. Zur Zeit erfolgt der Übergang einer Reihe von Genossenschaften in eine höhere Form: 1972 wurden aus 500 kleinen Genossenschaften 90 große mit 4,5 Mio ha Boden gebildet; ferner existierten 1972 bereits Kollektivwirtschaften, in welchen Boden wie Geräte Gemeingut sind und in denen die Einkünfte nach Grundsätzen sozialistischer Genossenschaften verteilt werden.

Die staatliche Unterstützung erstreckt sich darüber hinaus auch auf die nichtgenossenschaftliche Bauernschaft. Mit der Festlegung im Agrargesetz, daß die Zahlungen der Pächter an Mittelbauern 50% ihres Gewinnertrages nicht übersteigen dürfen, werden Tausende von kleinen Bauern von einem übermäßigen, drückenden Soll befreit. Sie erhalten staatliche Kredite zu Vorzugsbedingungen, womit u.a. objektive Voraussetzungen geschaffen werden, das Wucherkapital allmählich aus dem Dorf zu verdrängen. Die staatliche Hilfe erstreckt sich weiter auf die Gewährung hochwertigen Saatgutes, Inventars oder die Propagierung moderner agrartechnischer Methoden.

1973 erreichte das staatliche Subventionierungs- bzw. Investitionsprogramm zur Förderung der Landwirtschaft die Rekordhöhe von 60 Mio Irakische Dinar (ID). Allerdings darf dieser ermutigende Prozeß radikaler Verände-

rungen ökonomischer und sozialer Strukturen auf dem Dorfe nicht dazu verleiten, die Weiterexistenz mannigfaltiger Schwierigkeiten, Hemmnisse und Widersprüchlichkeiten zu unterschätzen. Denn die Einführung moderner landwirtschaftlicher Techniken bleibt bis auf weiteres auf eine relativ kleine Anzahl von Genossenschaften und Staatsgütern beschränkt, "während das Dorf insgesamt gesehen die herkömmlichen, ziemlich primitiven Arbeitsgeräte, die der Werkstatt des Dorfschmiedes entstammen, weiterhin verwandt und noch verwendet." 6)

Tiefverwurzelte Widerstände erwachsen aus überkommenen Familienstrukturen, der traditionellen Bindung an die "bäuerliche Scholle", aus mystisch-religiösen Vorstellungen, sozialer Unterprivilegierung der Frau oder aus der nur langfristig realisierbaren Anhebung des niedrigen Bildungsniveaus.

Nichtdestoweniger setzt der im Irak eingeleitete Prozeß neue Maßstäbe für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Bauernschaft und schafft neue Voraussetzungen zur Stärkung ihrer bewußten und organisierten Einflußnahme in Staat und Gesellschaft.

### Beschleunigte Industrialisierung

Die im zentralen Wirtschaftsplan von 1970-74 veranschlagte Steigerung des Nationaleinkommens von ca. 900 Mio ID auf 1.500 Mio ID <sup>7)</sup> kennzeichnet die erfolgreiche wirtschaftspolitische Konzeption der Regierung Al Bakr. Das darin zugrundegelegte Industrialisierungsprogramm legt den Hauptakzent auf den raschen Ausbau der Schwerindustrie, auf die Förderung der exportintensiven Erdöl-, Zement- und Textilindustrien, auf die Errichtung von Produktionsstätten für landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Düngemittel zur Modernisierung der Landwirtschaft. Die Stärkung des staatlichen industriellen Sektors, der heute 70-75% der gesamten industriellen Produktion ausmacht, wird prinzipiell Vorrang eingeräumt. Die Grundprinzipien der irakischen Wirtschaftspolitik umriß Bashir Kachachi, Generaldirektor des Industrieministeriums, im Juni 1973 folgendermaßen:

"Alle unsere Projekte sind darauf gerichtet, den Bedarf unseres Landes selbst zu decken, unsere Rohstoffe selbst zu nutzen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, um andere Volkswirtschaftszweige - z.B. die Landwirtschaft - zu entwickeln. Das alles zusammengekommen soll es ermöglichen, das Lebensniveau unseres Volkes schrittweise zu erhöhen, die Abhängigkeit des Irak von Importen zu reduzieren und damit unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit weiter zu festigen." 8)

In verschiedenen, festgelegten Wirtschaftsbereichen gestattet die irakische Regierung



private Investitionen des Handwerks, kleiner und mittlerer Unternehmen (Textil-, Lebensmittel-, Baubetriebe).

"Ein stranges System der Lizenzierung und der anschließenden Kontrolle soll gewährleisten, daß das Privatkapital nicht die ihm zugewiesenen Grenzen überschreitet. Denn Schwerpunkt des industriellen Aufbaus des Irak ist und bleibt der staatliche Sektor, die Grundlage zur Festigung unserer ant imperialistischen Positionen." 9)

### Hilfe der Sowjetunion

Die eigentliche materielle Grundlage dieser Konzeption zur raschen Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit konnte mit der Enteignung und nationalen Nutzung des Erdöls noch erweitert werden. Folgende Vergleichszahlen spiegeln die durch den Erdöllexport abgedeckten großen Finanzquellen des Irak wieder: die Einnahmen aus der Erdölförderung 1972 machten 83% des gesamten Exportvolumens aus; sie decken 52% des Staatshaushaltes, 71% des staatlichen Entwicklungsbudgets und über 40% des Bruttosozialprodukts<sup>10)</sup>.

Bei der Durchführung des Industrialisierungsprogramms mißt die irakische Regierung der Intensivierung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des "Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) einen zentralen Stellenwert zu. B. Kachachi:

"Die meisten unserer Fabriken - 90% unserer Industrie - sind von der Sowjetunion, der DDR, der CSSR und anderen sozialistischen Staaten gebaut worden. Diese Zusammenarbeit hat sich als sehr fruchtbar erwiesen, und sie ist ausgezeichnet." 11)

Die UdSSR ist heute konkret an 80 Objekten im Irak beteiligt, von denen bereits über 40 in Betrieb genommen werden konnten; darunter Betriebe für elektronische Geräte, Erdölraffinerien, Baumwollkombinate, Maschinenfabriken (u.a. für landwirtschaftliche Geräte), zwei Wasserkraftwerke, eine Glasfabrik, Arz-

neimittelfabriken, eine Pipeline Bagdad-Basra, der Bau des Thatarkanals im Euphrattal oder die Entwicklung eines hochtechnisierten Fischereiwesens (Fischtrawler, Hafenanlagen, Kühlhäuser, Ausbildung von Kadern).<sup>12)</sup>

Auf dieser Grundlage konnte die irakische Regierung beispielsweise die Steigerung der Erdölförderung von 1972: 83 Mio t auf 1975: 150 Mio t veranschlagen. Das Prokopf-Einkommen stieg von 1965: 81,4 Mio ID auf 1972: 124 Mio ID, wodurch es erstmalig in der Geschichte des Irak gelang, eine jährliche wirtschaftliche Wachstumsrate von über 10% zu verwirklichen<sup>13)</sup>.

Der Irak steht darüber hinaus mit einem jährlichen Prokopfeinkommen von umgerechnet 1.250 DM (1973) an der Spitze der Länder mit sozialistischer Orientierung, d.h. auch, er verfügt über die höchsten ökonomischen Potenzen dieser zehn Staaten Asiens und Afrikas. Schließlich hat der Irak die vergleichsweise niedrigste Auslandsverschuldung der Länder des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges (ca. 1,4% der Exporte; Syrien ca. 18,7%; Guinea ca. 7,9%)<sup>14)</sup> aufzuweisen.

### Irak als revolutionäres Beispiel

Der Irak entwickelt sich gegenwärtig zu einem revolutionären Beispiel für die gesamte nationale Befreiungsbewegung im Nahen und Mittleren Osten. Die Ausstrahlungskraft des revolutionären Prozesses im Irak resultiert zum einen aus der Konsequenz, mit der die grundlegende sozialökonomische Umgestaltung mit sozialistischer Orientierung vorangetrieben wird, und aus der spürbaren Verbesserung der Lebenslage der werktätigen Massen, ihrer aktiven Einbeziehung in die sozialen und politischen Aufgaben des Landes, sowie der Schaffung einer Einheitsfront von Sozialisten, Kommunisten und anderen revolutionärdemokratischen Kräften. Die andere Seite dieses beispielgebenden Prozesses wird gekennzeichnet durch die resolute Beschneidung enorm



Das irakische Volk ist dabei, die Ausbeutung eines Teils der Erdölvorkommen im Lande in die eigenen Hände zu nehmen und damit das Monopol der ausländischen imperialistischen Erdölgesellschaften zu brechen. Bild: Arbeiter auf dem Erdölfeld von Nordrumaila, das mit Hilfe der Sowjetunion erschlossen wurde.

wichtiger imperialistischer Erdölpositionen und Profitfründe, die zielstrebige Beseitigung der Abhängigkeit vom internationalen Imperialismus und die Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zum sozialistischen Weltsystem. Beide, der radikaldemokratische und der antiimperialistische Aspekt, treffen die Kräfte der sozialen und politischen Reaktion an ihrem empfindlichsten Nerv.

Die in den letzten Monaten verstärkten imperialistischen Operationen in dieser Region, die einprägsame Erfahrung des reaktionären Putschversuches am 30. Juni 1973 und der imperialistisch-faschistische Staatsstreich in Chile haben die Wachsamkeit der irakischen Revolutionäre geschärft, ihre Reihen gefestigt. Regierung, Parteien und Massenorganisationen im Zweistromland von Euphrat und Tigris können ihre staatliche Macht, ihre reichen revolutionären Erfahrungen und die Unterstützung der Überwältigenden Mehrheit des Volkes in die Waagschale werfen, um mit traditioneller Härte "die Imperialisten und Volksfeinde zu bekämpfen und zu schlagen."<sup>15)</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Gemeinsame Erklärung von ASBP und IKP am 17.7.1973; in: Informations Bulletin, Wien, Nr. 16/17, 1973, S. 64
- 2) ebenda, S. 63/64
- 3) D. Hollmann, In den Bergen Irakisch-Kurdistan; in: Horizont Nr. 36/1973, S. 17
- 4) ebenda
- 5) ebenda
- 6) E. Utkin; in: Asien und Afrika im revolutionären Weltprozeß, Teil 1, Berlin 1972, S. 309/310
- 7) Al Bakr, 5 Years of Struggle and Brilliant Success; in: Bagdad Observer, 17.7.1973, S. 9
- 8) B. Kachachi; in: Neues Deutschland, 22.6.1973
- 9) ebenda
- 10) Vgl. AIB Nr. 11/12, 1972, S. 28
- 11) B. Kachachi; in: Neues Deutschland, 22.6.1973
- 12) Vgl. Frankfurter Rundschau, 12.4.1973
- 13) Al Bakr, a.a.O., S. 8/9
- 14) H. Joewig; in: Nichtkapitalistischer Entwicklungsweg. Aktuelle Probleme in Theorie und Praxis, Berlin 1972, S. 319
- 15) Gemeinsame Erklärung von ASBP und IKP am 17.7.1973, a.a.O., S. 64

## Programmatische Forderungen der Irakischen KP

In der Wochenschrift "Al Fikr al Djadid" wurden die Ergebnisse des Plenums des Zentralkomitees der IKP vom April 1973 zusammengefaßt. Wir bringen Auszüge aus diesem Dokument:

"Im Bericht des ZK werden die hauptsächlichsten Änderungen, die im Irak seit dem letzten Plenum (November 1971) vor sich gingen, angeführt, darunter die neue Arbeitsgesetzgebung, die Nationalisierung der 'Iraque Petroleum Company', Erfolge bei der Schaffung einer fortschrittlichen nationalen Front usw. Großen Einfluß auf die erfolgreiche Durchführung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungen hatte der sowjetisch-irakische Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit. Indes riefen diese Erfolge Gegenreaktionen der Feinde hervor, um die sowjetisch-irakische Freundschaft zu torpedieren, das Kurdenproblem zu verschärfen, den Irak zu isolieren und schließlich einen Schlag gegen die gesamten progressiven Errungenschaften und Kräfte zu führen. Um diesen Versuchen entgegen-



... .. zuwirken, hält das ZK der IKP folgende Maßnahmen für notwendig:

1. Schaffung einer nationalen Fortschrittsfront unter Beteiligung der KP, der Baath-Partei und der Demokratischen Partei Kurdistans auf der Grundlage der vollen gegenseitigen Achtung und der organisatorischen Unabhängigkeit aller dieser Parteien. Aufgabe der Front: Verwirklichung des Programms der national-demokratischen Revolution und Übergang zur sozialistischen Revolution.

2. Weitere Demokratisierung des Landes. Dazu ist notwendig die Legalisierung des Rechts der Parteien, darunter der IKP, auf eigene Presseorgane, eine allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen und verfolgten Patrioten, weiter die Durchführung allgemeiner Wahlen zur Volksversammlung auf Grund des geheimen Wahlrechts. Als vorläufige Lösung wird zunächst die Einberufung einer solchen Versammlung auf Grundlage einer Koalition der politischen Parteien und progressiven Kräfte, sodann eine Überprüfung der Struktur der Volksräte und ihre Reorganisation gemäß der Zusammensetzung der Koalition vorgeschlagen. Dabei ist die volle Mitarbeit der progressiven Kräfte in den gesellschaftlichen Massenorganisationen notwendig. Es muß eine solche Koalitionsregierung gebildet werden, die die national-demokratischen Aufgaben erfüllt.

3. Lösung des Kurdenproblems auf der Basis der Erfüllung des März-Manifestes. Die Regelung dieses Problems gehört zur komplexen Lösung der Kurdenfrage, was vor allem die Demokratisierung des Landes voraussetzt sowie die Verstärkung des Kampfes gegen Imperialismus und Reaktion. Es ist notwendig, die Versuche ausländischer reaktionärer Kreise, besonders iranischer, die friedliche Regelung der Kurdenfrage zu torpedieren, zunichte zu machen. Man muß sich auch von einigen nationalistischen Elementen abwenden, die der Festigung der nationalen Einheit hinderlich sind. Die Zusammenarbeit der IKP und der Demokratischen Kurdenpartei hat unter den heutigen Verhältnissen große Bedeutung.

4. Erfüllung der Aufgaben der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung, besonders wissenschaftliche Planung der Volkswirtschaft, Umgestaltung der staatlichen Verwaltungsorgane, Forcierung der Agrarreform, Industrialisierung, Nationalisierung der Erdölindustrie, Verstärkung der Rolle des staatlichen Sektors bei Erweiterung der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, Heranbildung nationaler Kader, Kampf gegen die bürgerliche Ideologie. (...)

Der Klassenkampf im Irak, wo reaktionäre Kräfte das Zustandekommen einer fortschrittlichen nationalen Front, die Lösung der Kurdenfrage, die Pläne zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung und Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern zu hintertreiben versuchen, verschärft sich. (...)"

(Quelle: Informations Bulletin, Nr.11/12, Wien 1973. S.64/65)

## DRV

Konkrete Vereinbarungen über die Weiterführung der politischen und materiellen Solidaritätsbewegung in der BRD mit dem vietnamesischen Volk waren das Ergebnis des 10-tägigen Aufenthaltes einer fünfköpfigen Delegation der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" (IIVS) in der Demokratischen Republik Vietnam. Der Delegation, die Anfang Oktober 1973 in die BRD zurückkehrte, gehörten an: Wolfgang Gehrocke (SDAJ-Bundesvorstand), Heinz Kopp (Juso-Bundesvorstand), Wolfgang Kuldschun (Jungdemokraten-Bundesvorstand), Peter Wahl (VDS-Vorstand) und Frank Werkmeister (Sprecher der IIVS). Der folgende Bericht soll einige Eindrücke der Reise wiedergeben.

## Frank Werkmeister Reisebericht

Das gesamte Straßennetz und die Eisenbahnlinien der DRV wurden nach Beendigung der Angriffe durch die US-Luftwaffe Ende Januar 1973 wieder befahrbar gemacht. Das war ein wesentlicher Grund mit dafür, daß die Delegation aus der BRD neben Hanoi und Haiphong auch im Bezirk Nam Ha, 150 km südlich von Hanoi, Ortschaften und Weiler besichtigen konnte, die bisher den wenigen westdeutschen Besuchern versperrt bleiben mußten.

Unter Führung der "Partei der Werktätigen" hat das vietnamesische Volk dem Ausbau des Verkehrsnetzes, als die erste wesentliche Voraussetzung für den Wiederaufbau des zerstörten Landes, vorrangige Aufmerksamkeit zugebracht. Es ist allgemein bekannt, daß bereits während der Bombardierungen mit der Wiederherstellung begonnen wurde. Nach den barbarischen Angriffen der US-Luftwaffe im Dezember 1972

scheuten die Menschen der DRV keine noch so großen Opfer, um diese Kampfaufgabe zu erfüllen: Viele verzichteten auf die Abdeckung ihrer Häuser und Hütten und gaben das dafür notwendige Material für den Straßenbau. Andere begrenzten freiwillig ihren ohnehin eingeschränkten Wohnraum und lieferten Steine und anderes festes Baumaterial ab. Alte Menschen, die hier und da noch religiösen Traditionen anhängen, gaben das für sie Wertvollste her: mit ihren Särgen, die sie in Erwartung ihres baldigen Todes erworben hatten, lieferten sie Bohlen für Brücken, Fähren oder Flöße.

Das Gespräch mit Genossen Hoang Tung, Mitglied des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen, Leiter der Abteilung für ideologische Fragen und Chefredakteur der Parteizeitung Nhan Dan (Das Volk), war zu Beginn der Reise für unsere Delegation eine wesentliche Hilfe,

Begegnungen und Gespräche mit Vertretern des gesellschaftlichen Lebens und einzelnen Menschen besser einordnen zu können. Keiner unserer Gesprächspartner hatte die Gefährlichkeit des US-Imperialismus vergessen. Man ist über die Verbrechen des Thieu-Regimes im Süden Vietnams bestens informiert. Jedem steht die Gefahr vor Augen, daß die Kämpfe, die an den Grenzen der Thieu-Verwaltung zu den befreiten Gebieten von den Marionetten mit Hilfe der US-Regierung tagtäglich organisiert werden, wieder zu einem großen Krieg führen können. Hoang Tung:

"Sie sehen, daß unsere Revolution bestimmte Schwierigkeiten hat. Vor 28 Jahren haben wir im August 1945 die Volksmacht in ganz Vietnam errichtet. Heute sind wir noch nicht am Ausgangspunkt. Wir mußten als ein kleines Volk gegen den größten Feind der Menschheit kämpfen, den US-Imperialismus. Wir haben ihn mit verschiedenen Taktiken bekämpft, er wurde politisch, moralisch, materiell und militärisch von uns geschwächt. Unser Sieg gewinnt eine Bedeutung, die die Parallele zur Französischen Revolution oder zur Oktoberrevolution von 1917 erlaubt. Die Situation ist jedoch anders als vor zwanzig Jahren. Für die US-Imperialisten ist es weltweit nicht mehr möglich, in jedem Fall das zu tun, was sie wollen."

Erstmals hörten wir eine autorisierte Zahl, die die Opfer an Menschenleben andeutet:

"Wir wissen die Zahl unserer Toten selbst noch nicht genau. Aber mindestens ein Zehntel unserer Bevölkerung mußte gegen die Franzosen und die USA ihr Leben lassen. Unsere Schätzung lautet: 3 Millionen Vietnamesen sind im Kampf gegen die französischen Kolonialisten und die US-Imperialisten gefallen."

Die Menschen in der DRV vergessen das nicht, das sei allen Zweiflern oder Defätisten gesagt. Folglich kennt man die Schwierigkeiten

beim Aufbau und seine Rangfolge sehr genau. ZK-Mitglied Hoang Tung:

"Unsere jetzige Aufgabe ist zunächst einmal die Erhaltung des Lebensstandards und dann seine schrittweise Verbesserung. Das allein wird lange dauern. Gleichzeitig müssen wir das kulturelle Niveau heben, um das revolutionäre Bewußtsein in den Massen zu steigern. Vor alledem gilt aber eins: Wir müssen weiterhin wachsam sein und unsere Verteidigungskraft erhöhen. Daran geht kein Weg vorbei!"

Die Delegation der IIVS hatte einen Einblick in die Bereitschaft zur Verteidigung des Landes und in die Effektivität der Abwehr der Aggressoren bekommen. Unterwegs begegneten wir mehrmals Betriebsangehörigen, regulären Armeeeinheiten oder Selbstverteidigungseinheiten der Bevölkerung bei militärischen Übungen. Wir trafen uns mit den Verteidigern von Haiphong, die 317 US-Piraten abgeschossen hatten; mit den Mitgliedern einer Selbstverteidigungseinheit eines Textilbetriebes in Nam Dinh, deren junge Arbeiterinnen zwei US-Flugzeuge im Dezember 1972 abgeschossen hatten. Während einer der abgeschossenen US-Piraten in einem Sumpfgebiet umkam, landete der andere in der Nähe der Werksküche des Betriebes unmittelbar neben dem Schweinestall. Ein Mädchen nahm ihn dort mit einem Küchenmesser gefangen. Der US-Pilot hatte Angst; als ihm mit einigen Wollfäden lose die Hände gefesselt wurden - er hätte sich jederzeit befreien können - schlotterte er am ganzen Körper, berichteten uns die Mädchen der Textilfabrik lachend. Reguläre Armeeeinheiten transportierten diesen Piloten nach Hanoi. Sein Name ist in der Liste derjenigen wiederzufinden, die dem Pariser Abkommen entspre-



chend freigelassen wurden.

Außerst beeindruckend war die Begegnung mit zehn Delegierten aus einer anderen Selbstverteidigungseinheit des Bezirks Nam Ha. Der Kommandeur, der Polit-Offizier und einige ausgezeichnete Soldaten berichteten: Die US-Imperialisten griffen uns häufig mit Raketen, 1-Tonnen Bomben oder Kugelbomben an; die Kugelbomben wurden aus einer Ladung von zunächst acht Mutterbomben freigesetzt, wobei in jeder Mutterbombe je ca. 200 tennisballgroße Kugelbomben enthalten sind und die bei der Explosion Tausende von kleinen runden Splintern herausschleudern. In der Endphase, im Dezember 1972, setzten die US-Imperialisten auch noch lasergesteuerte Bomben gegen unsere Industrieanlagen ein. Sieben Tage nach der Gründung unserer Einheit im Jahre 1972 schossen wir das erste US-Flugzeug ab. Allein vom April bis August 72 holten wir acht US-Bomber vom Himmel, unser Nachbarbattalion übrigens zehn. Über Nam Ha wurden insgesamt 103 Flugzeuge der Angreifer abgeschossen. In den Selbstverteidigungseinheiten von Nam Ha kämpften auch viele Nicht-Kommunisten. Denn der Bezirk weist mit 23 % die höchste Zahl von Gläubigen in ganz Nordvietnam auf, so berichtete uns der Vorsitzende des Bezirksrates. Pagoden und christliche Kirchen wurden hier ebenso zerstört wie Kulturhäuser, Schulen und Krankenhäuser.

Als wir mit dem Direktor des Bezirkskrankenhauses zusammentrafen, erklärte er uns den Text des Schildchens an seinem Ärztekittel; der Spruch von Präsident Ho-Chi-Minh: "Wir müssen unsere Kranken lieben wie unsere Angehörigen", und der daruntergesetzte Name des Arztes ermöglicht es den Patienten, ihr Beschwerderecht wahrzunehmen.

Der Direktor des Krankenhauses, Dr. Nguyen Tichy, konfrontierte uns mit folgenden Fakten: insgesamt wurde unser Krankenhaus bis zu 60 % zerstört. Wir hatten auch Amerikaner hier, einer - ein abgeschossener Pilot - benötigte Gips für den Arm, das war in der Johnson-Ära. Zwei andere Amerikaner wurden uns als Leichen geliefert, das war in der Nixon-Ära.

Wir, die Delegation der IIVS, sahen weitere Krankenhäuser, darunter das Bach-Mai-Krankenhaus in Hanoi und das Bezirkskrankenhaus in Haiphong (vietnamesisch-tschechoslowakische Freundschaft). In die Kinderstation dieses Haiphonger Krankenhauses schlugen allein 12 US-Bomben ein. Daß dennoch die Kinder vom US-Aggressionskrieg weitestgehend verschont blieben, liegt vorwiegend an den Evakuierungsmaßnahmen der DRV.

Heute gilt eine der größten Sorgen der DRV-



Zu ihrer Arbeit als Lehrerin zurückgekehrt ist die 26jährige Tran Thi Tho in Quang Trung in der Demokratischen Republik Vietnam. Im Mai vergangenen Jahres hatte sie bei einem Angriff auf ihr Dorf den rechten Arm verloren. Ihr Sohn wird demnächst zwei Jahre alt.

Regierung der Ausbildung der nach und nach in die Städte und Orte zurückkehrenden Kinder. 50 % der Schulen wurden von den US-Aggressoren zerstört. Heute werden schulpflichtige Kinder in 1, 2, 3, ja sogar 4 Schichten pro Tag unterrichtet, denn es fehlt an Schulgebäuden. Hier muß geholfen werden. Deshalb hat die Delegation der IIVS mit dem Volksbildungsminister ein konkretes Abkommen über den Aufbau einer Schule in Nam Ha getroffen: 250.000 DM wird die Solidaritätsbewegung in der BRD innerhalb eines Jahres zusätzlich zu den bereits eingegangenen Verpflichtungen sammeln:

Konto  
Hilfsaktion Vietnam e.V., Düsseldorf  
PSK 90040 - PSchA Essen  
Stichwort: Schule in Nam Ha

In allen Gesprächen und Begegnungen haben die vietnamesischen Freunde deutlich gemacht, daß sie die internationale Hilfe, auch die aus der BRD und hier besonders die der konsequenten Solidaritätsbewegung der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" außerordentlich hoch schätzen. Das mag ein Grund dafür gewesen sein, daß unsere Delegation vom ZK der Ho-Chi-Minh-Jugend als Aktivisten mit der Ehrennadel für die "Drei Bereitschaften" ausgezeichnet wurde: **IMMER ZUR WAPPE ZU GREIFEN UND DORTHIN GEHEN, WOHIN ES DIE PARTEI BEFIEHLT, IMMER LERNEN UND IMMER DIE PRODUKTION STEIGERN.**

In vielen Orten begegneten uns die Kinder auf den Straßen und Plätzen mit großer Sympathie und Aufgeschlossenheit. Sie wußten aus dem Schul- und Pionierunterricht, daß wir einige von ihren vielen Freunden in der Welt sind. Sie riefen uns entgegen: "Lien Xo, Lien Xo" - "Sowjets, Sowjets". Vielleicht fühlten sich nicht alle Mitglieder unserer Delegation ganz wohl bei derartigen Aussagen oder Anerkennungen, denn im Hintergrund stand immer die Frage, haben wir bisher genug getan?

Das nach Abschluß der Reise gemeinsam verfaßte Kommuniqué ruft daher zur Weiterarbeit

auf dem Sektor der politischen und materiellen Solidarität mit dem vietnamesischen Volk in der BRD auf. Die IIVS fordert u.a.:

#### "DIE BUNDESREGIERUNG MUSS

- die US-Aggression eindeutig verurteilen und auf die USA für eine strikte Einhaltung des Pariser Abkommens einwirken,
- die Demokratische Republik Vietnam unverzüglich anerkennen,
- die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam anerkennen und die längst fällige Einrichtung eines Informationsbüros der PRG ermöglichen,
- die politische, materielle und moralische Unterstützung aufgeben und sich für die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen einsetzen,
- die Devisenausgleichszahlungen an die USA unverzüglich einstellen -, dem vietnamesischen Volk dagegen großzügige materielle Hilfe für den Wiederaufbau ohne Vorbedingungen gewähren."

Die Teilnehmer der IIVS-Delegation sind zu auswertenden Vorträgen über ihre Reise in der nächsten Zeit bereit.

Kontakt-Anschrift: Initiative Internationale Vietnam-Solidarität

6 Frankfurt/Main  
Eichwaldstr. 32  
Tel.Nr. 0611/452523

## WELTKONGRESS der FRIEDENSKRÄFTE

Wilhelm M. Breuer

## Für Frieden, Sicherheit und nationale Unabhängigkeit

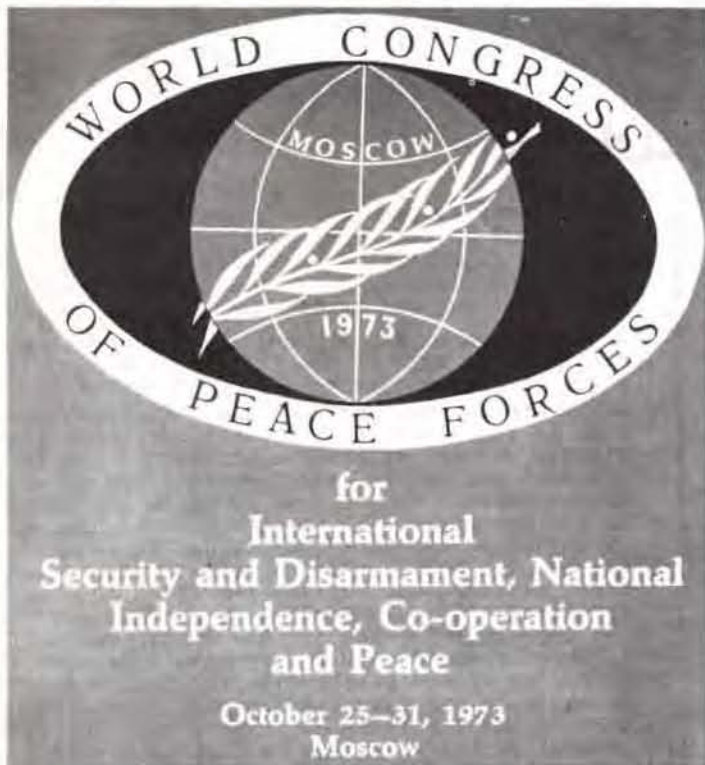
Vom 25. - 31. Oktober 1973 wird in Moskau der "Weltkongress der Friedenskräfte" stattfinden.

Die Initiative zur Durchführung eines solchen Kongresses, die von der Tagung des Präsidiums des Weltfriedensrates im Oktober 1972 in Santiago de Chile ausging, wurde im Verlauf dieses Jahres von so vielen nationalen und internationalen Organisationen aufgegriffen, daß heute bereits klar ist, daß der bevorstehende Weltkongress in Moskau zu einem Forum der gesamten demokratischen und antiimperialistischen Weltöffentlichkeit werden wird.

Diese Bedeutung des Kongresses zeichnete sich schon in seiner Vorbereitungsphase ab. In der Zeit zwischen den beiden internationalen Konsultativtreffen zur Einberufung des Weltkongresses, die im März und Juli dieses Jahres in Moskau stattfanden, schlossen sich

56 internationale Organisationen (darunter auch die wichtigsten Sonderorganisationen der UNO) und nationale Organisationen aus 78 Staaten dieser Initiative an. Auf internationaler und regionaler Ebene fanden zahlreiche vorbereitende Tagungen zu einzelnen Themenkomplexen des Weltkongresses statt, so z. B. in Warschau, Dacca, Reykjavik, Panama, Basel, Leipzig und Tananarive. In den meisten Staaten der Erde wurden nationale Vorbereitungskomitees gebildet, in denen sich die verschiedensten politischen und weltanschaulichen Richtungen zur gemeinsamen Arbeit zusammenschlossen. Anmeldungen zur Teilnahme am Weltkongress lagen bis Mitte September 1973 bereits aus 115 Staaten vor.

Der Weltkongress wird sich vom 25. - 31. Oktober in seinen Plenarsitzungen und seinen 13 Arbeitskommissionen mit den folgenden Themenbereichen befassen: Friedliche Koexistenz und



internationale Sicherheit - Indochina - Naher Osten - Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit - Frieden und Sicherheit in Asien - Abrüstung - Nationaler Befreiungskampf gegen Kolonialismus und Rassismus - Nationale Entwicklung und wirtschaftliche Unabhängigkeit - Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes - Zusammenarbeit auf den Gebieten des Erziehungswesens und der Kultur - Wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit - Soziale Probleme und Menschenrechte - Zusammenarbeit zwischenstaatlicher und nichtstaatlicher Organisationen.

Allein die Aufzählung dieser Themen zeigt die inhaltliche Spannweite und Bedeutung des Kongresses, läßt erkennen, wie zahlreich die aktuellen Aufgaben sind, vor denen die weltweite Bewegung steht, die heute die Völker in ihrem Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt vereint.

Der Moskauer Weltkongreß findet in einer Phase der historischen Entwicklung statt, in der die wachsende Kraft der antiimperialistischen Bewegung einen zunehmenden Einfluß auf die Lösung internationaler Konflikte ausübt. Gewiß kann es auf diesem Wege Rückschläge geben wie jüngst in Chile; gewiß gibt es weiterhin Gebiete auf der Welt, wo Konfliktherde fortbestehen oder Spannungen sich verstärken wie im Nahen Osten, wo Israel sich immer noch weigert, den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates nachzukommen; gewiß bedrohen Kolonialismus, Neokolonialismus und die Unterdrückung nationaler Befreiungsbewegungen weiterhin den

Frieden in der Welt. Dennoch gilt es, klar den Grundzug dieser Epoche zu sehen: die Prinzipien der friedlichen Koexistenz setzen sich mehr und mehr in den internationalen Beziehungen durch und bestimmen damit die weitere Entwicklung der Welt, leiten eine Wende von der Konfrontation zu Verhandlungen und Zusammenarbeit ein, führen zum Abbau des Kalten Krieges und der Kriegsgefahr und damit zur Festigung der internationalen Sicherheit.

Meilensteine auf diesem Weg sind die Beendigung des Krieges in Vietnam, die Minderung der Spannungen in Europa aufgrund bi- und multilateraler Verträge und Abkommen, der Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die Abkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Verhinderung eines Nuklearkrieges und viele andere Ereignisse der letzten Jahre.

Diese Tendenz gilt es heute, irreversibel zu machen. Den dank des Ringens der Völker eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen. Dazu ist mehr denn je das geschlossene Auftreten und Handeln aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte der Welt gegen die Gegner der Entspannung und friedlichen Koexistenz notwendig. Nur mit weiteren einheitlichen Bemühungen kann der Friede gesichert, die internationale Sicherheit gewährleistet und der gesellschaftliche Fortschritt vorangetrieben werden.

Zu recht heißt es in einem der ausführlichen Arbeitsmaterialien, die in fruchtbarer Zusammenarbeit von internationalen und nationalen Organisationen für den Weltkongreß verbreitet wurden:

"Frieden ist nicht etwas Statisches, das man einmal errichtet und dann für immer hat. Er muß als offener, dynamischer kontinuierlicher und sich in ständiger Veränderung befindlicher Prozeß angesehen werden. Frieden muß geplant, realisiert, kontrolliert und weiterentwickelt werden. Der Friede muß das gemeinsame Werk aller Völker sein."

Der in Moskau stattfindende Weltkongreß wird ein Forum von historischer Bedeutung sein, auf dem die Vertreter der Völker der Welt aufgrund gemeinsamer Analysen zu gemeinsam erarbeiteten Programmen einheitlichen Handelns gelangen können und werden.

#### Redaktionelle Mitteilung:

Georg Kwiatowski, Journalist, westdeutscher Vertreter im Redaktionskollegium der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus", Prag, hat sich bereit erklärt, dem Herausgeberkreis des Antiimperialistischen Informationsbulletin beizutreten.

# GUINEA-BISSAU

Barbara Schilling

## Gründung der Republik

Der 23./24. September stellt eine historische Wende für das Volk von Guinea-Bissau dar. Dieses Volk, das 500 Jahre lang von den portugiesischen Machthabern geknechtet, ausgeplündert, aller Rechte beraubt wurde, proklamierte seinen eigenen Staat, die Republik Guinea-Bissau.

Die erste Nationalversammlung seiner Geschichte hat die Hauptaufgaben dieses Staates in der Verfassung festgehalten: die völlige und endgültige Befreiung von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln, sowie die Beendigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Die Bildung dieses Staates ist das Ergebnis eines seit 1961 andauernden, von der PAIGC angeführten Kampfes des Volkes von Guinea-Bissau. Die PAIGC war immer der Meinung, daß wirkliche Unabhängigkeit nicht damit erreicht sei, daß eines Tages "unsere Fahne gehißt und unsere Hymne gespielt" wird. Sie ist immer davon ausgegangen, daß das Ende der "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" nicht nur die Befreiung von kolonialer Unterdrückung sondern auch von imperialistischer Herrschaft verlangt.



Deshalb betonte die PAIGC von Anfang an die hervorragende Bedeutung der Mobilisierung, der politischen Aufklärung und der Erziehung der Massen, ihrer Einbeziehung in die Diskussion und Lösung ihrer eigenen Probleme. Damit entstanden im Kampf jene demokratischen Strukturen und Institutionen, deren konsequente Weiterführung jetzt die Bildung der Nationalversammlung, des ersten freien Parlaments im nationalen Maßstab ist.

Die Nationalversammlung (ANP) wird für drei Jahre gewählt und tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Zwischen den Tagungen werden ihre Funktionen von einem 15-köpfigen Staatsrat ausgeübt, dessen Vorsitzender, Luis Cabral, zugleich Vize-Generalsekretär der PAIGC und Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist.

Der Regierung des Landes, dem Rat der Staatskommissare, steht Francisco Mendeza vor.

Die ANP-Abgeordneten werden von Regionalräten gewählt. Diese sind die Vertreter des

arbeitenden Volkes in den verschiedenen Regionen und an den Fronten. Sie werden durch direkte, allgemeine und geheime Wahlen bestimmt, und zwar zu 2/3 von den Volksmassen und zu 1/3 von den PAIGC-Kämpfern.

Die Aufgaben der ANP und die Voraussetzungen für eine Wahl in die ANP sind von der PAIGC im Januar 1973 "mit Gesetzeskraft" durch ein Dokument grundsätzlich fixiert worden. Es charakterisiert das höchste Organ des Staates und der Volkssouveränität als ein Instrument des Kampfes zur Befreiung der arbeitenden Massen. Neben ihrer Funktion als legislative Gewalt hat die ANP die Aufgabe, die Durchführung der Orientierung der PAIGC auf der politischen, juristischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ebene zu kontrollieren. Für die Kandidatur zur ANP gelten strenge Maßstäbe, die den demokratischen, d.h. im Interesse der Volksmassen liegenden, Charakter dieses Staates verdeutlichen: So muß z.B. ein Kandidat "Ansehen, Respekt, Achtung und Vertrauen der arbeitenden Volksmassen" genießen; er muß im Kampf wichtige Aufgaben bewältigt haben und beispielhafte Verbundenheit mit der produktiven Arbeit zeigen.

Die Reaktion der portugiesischen Regierung auf die Proklamation der Republik Guinea-Bissau ist bezeichnend. Sie hatte dazu keinen anderen Kommentar, als daß es kein Gebiet gäbe, "das nicht in der Kontrolle der portugiesischen Behörden steht"; alles andere sei "reine Phantasie". (FAZ, 28.9.1973) Die Kolonialisten halten starrsinnig an diesen Behauptungen fest, obwohl ihre Situation offenkundig immer auswegloser wird.

So hatte sich seit 1967 das Handelsbilanzdefizit von Guinea-Bissau jährlich um 100 Mio Escudos gesteigert; 1971 betrug es 822 Mio Escudos (Exporte: 57 Mio Escudos, Importe: 879 Mio Escudos). Die Hauptursache dafür, die Organisation der Wirtschaft und des Handels in den befreiten Gebieten durch die PAIGC, hatte auf die kolonialen Ausbeutungsmöglichkeiten ebenso verheerende Auswirkungen wie die stark gewachsene militärische Schlagkraft der Befreiungsbewegung. Der erfolgreiche Einsatz von Flugabwehrgeschützen brachte neben der Verbesserung der Verteidigung der befreiten Gebiete zugleich die Möglichkeit, die von der PAIGC eingeschlossenen portugiesischen Basen, die nur aus der Luft versorgt werden können, von ihrem Nachschub abzuschneiden. Auch der Mord an Amilcar Cabral hatte nicht die von den Kolonialisten erhoffte Wirkung. Im Gegenteil: Die PAIGC schloß ihre Reihen noch fester; der Befreiungskampf wurde noch entschlossener geführt.

Aus mehreren Gründen will die portugiesische Regierung ihre Position nicht aufgeben: Zum einen wegen des militär-strategischen Werts Guineas für die NATO und als logistische Basis für seinen Kolonialkrieg. Zum anderen fürchtet sie die Auswirkungen auf den Kolonialkrieg in Angola und Moçambique. Und die reale Lage zuzugeben, käme dem Eingeständnis einer katastrophalen Niederlage gleich, die im Augenblick, da in Portugal "Wahlen" stattfinden, das Regime einem gefährlichen Druck der bereits stark angewachsenen Opposition gegen den Kolonialkrieg im eigenen Land aussetzen würde.



In diesem Augenblick ist die Haltung der Weltöffentlichkeit von großer Bedeutung für die Isolierung der portugiesischen Regierung und die Schwächung ihrer Position.

Die sozialistischen Staaten, Indien, Schweden und eine Reihe afrikanischer Länder haben die Republik bereits anerkannt. Die Organisation für Afrikanische Einheit stellte der neuen Regierung zwei Mio tansanische Shilling zur Verfügung und will sich für die weltweite Anerkennung und die Aufnahme von Guinea-Bissau in die Vereinten Nationen einsetzen.

Es kommt jetzt darauf an, die Isolierung Portugals weiterzutreiben und die Regierungen der NATO-Staaten zu zwingen, ihre für Portugal lebenswichtige Kredithilfe einzustellen. Die Bundesregierung muß die Republik Guinea-Bissau anerkennen, sich für ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen einsetzen und jegliche militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung für den Kolonialkrieg Portugals einstellen.

**Amilcar Cabral**

## Über die Schaffung der Volks-Nationalversammlung

Die Situation in Guinea-Bissau, die seit 1968 als Ergebnis des nationalen Befreiungskampfes entstanden ist, den das Volk unter der Leitung der P.A.I.G.C. führt, gleicht im wesentlichen derjenigen eines unabhängigen Staates, dessen Territorium zum Teil, besonders in den städtischen Gebieten, von ausländischen bewaffneten Kräften besetzt ist.

Dutzende von unverdächtigen Beobachtern verschiedener Länder und verschiedener Berufe haben unser Land auf eigenen Wunsch oder auf Einladung hin besuchen können und unwiderlegbare (mündliche, schriftliche, fotografische oder filmische) Beweise über die tatsächlich dort herrschende Lage vorgelegt: Weite Gebiete haben das koloniale Joch abgeworfen; und hier entwickelt sich ein neues politisches, administratives, wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben, während gleichzeitig die patriotischen Streitkräfte mit Unterstützung der Bevölkerung erfolgreich gegen die Kolonialisten kämpfen, um die Befreiung des Landes zu vollenden.

Erst kürzlich, im April 1972, hat eine Sonderkommission der Vereinten Nationen - Vertreter dreier Mitgliedsstaaten, die von der Generalversammlung dazu ermächtigt worden waren - den befreiten Gebieten unseres Landes einen Besuch abgestattet und sich dort eine Woche lang aufgehalten. Unter den Erkenntnissen, die die Sonderkommission als Ergebnis ihres inzwischen schon historischen Besuches festgehalten hat, ist die folgende besonders interessant: "...Daß der Kampf um die Befreiung des Gebietes immer größere Fortschritte macht und daß Portugal über weite Gebiete von Guinea-Bissau keinerlei tatsächliche administrative Kontrolle mehr ausübt, ist unwiderlegbare Tatsache (...) Ebenso offenkundig ist

es, daß die Bevölkerung der befreiten Gebiete rückhaltlos die Politik und die Aktivitäten der Befreiungsbewegung unterstützt, und daß die P.A.I.G.C. nach neunjährigem bewaffnetem Kampf in diesen Gebieten de facto ihre administrative Kontrolle unbehindert ausübt und die Interessen der Bewohner trotz der portugiesischen Maßnahmen wirksam vertritt".

Eine solche Situation enthält - angesichts der verbrecherischen Sturheit der Lissaboner Regierung, welche den Kolonialkrieg des Völkermords gegen die legitimen Rechte unseres Volkes auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Fortschritt intensiviert - in sich einen Widerspruch, der den Fortgang unseres Kampfes behindert und die freie Entfaltung des Wesens unserer afrikanischen Nation hemmt, das im Kampfe entstanden ist. Unser Volk, das doch schon seit Jahren über politische, administrative, gerichtliche, militärische, soziale und kulturelle Institutionen - also über einen Staat - verfügt und welches frei und souverän über mehr als zwei Drittel des nationalen Territoriums bestimmt, dieses Volk ist tatsächlich auf internationaler Ebene nicht als juristische Person anerkannt. Überdies verlangt das Funktionieren solcher Institutionen im Rahmen des neuen Lebens, das sich in den befreiten Gebieten entwickelt, eine weitergehende Beteiligung des Volkes durch seine Vertreter nicht nur an der Beurteilung und Lösung von Problemen des Landes und des Kampfes, sondern auch an der wirksamen Kontrolle der Maßnahmen der Partei, die es dabei führt.

Um den oben angeführten Widerspruch zu lösen, und um den Erfordernissen einer weitergehenden und wirksameren Beteiligung des Volkes zu entsprechen, hat sich die nationale Parteiführung nach vielen Diskussionen dafür

ausgesprochen, durch allgemeine, freie und demokratische Wahlen eine Volks-Nationalversammlung, die erste in unserer Geschichte, zu schaffen. Sie wird in ihrer Eigenschaft als oberstes Organ der Volkssouveränität dazu berufen sein, die Existenz eines Nationalstaates Guinea-Bissau auszurufen, ihm eine Exekutive zu geben und eine Verfassung für unsere afrikanische Nation zu verkünden.



So hat die Versammlung des Obersten Kampfrates (CSL), der vom 9. bis 17. August 1971 zusammentrat, durch Akklamation beschlossen, daß die Partei unverzüglich alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen habe, damit zur Bildung der ersten Volks-Nationalversammlung (ANP) in Guinea-Bissau im Jahre 1972 in den befreiten Gebieten allgemeine und geheime Wahlen stattfinden können. Auf der Grundlage dieser historischen Entscheidung wurden die technischen und methodischen Voraussetzungen für die Wahlen beschlossen, ebenso die Kriterien für die Wahl der Kandidaten zur Volks-Nationalversammlung (ANP), was als Dokument unter dem Titel "Grundlagen für die Schaffung der 1. Volks-Nationalversammlung von Guinea-Bissau" ... veröffentlicht und von der Versammlung des Kampf-Exekutivkomitees (CEL) im Dezember 1971 bestätigt wurden.

Nach acht Monaten (Januar bis August) einer intensiven Informationskampagne, Diskussionen und Veranstaltungen sowohl in den Grundorganisationen der Partei als auch in öffentlichen Sitzungen fanden die Wahlen in den befreiten Gebieten von Ende August bis zum 14. Oktober statt.

Am 6. November wurden auf einer Pressekonferenz in Algier vorläufige Teilergebnisse der Wahlen der Öffentlichkeit mitgeteilt. Wir geben im folgenden die endgültigen Ergebnisse bekannt:

#### A - IM LANDE SELBST:

1. Ausgegebene Wahlscheine, gemäß der Zahl der Wahlberechtigten:

Ja-Zettel: 83.000

Nein-Zettel: 83.000

2. Abgegebene

Stimmen: 77.515 = 93,39 %

Ja-Stimmen: 75.163 = 96,96 % der abgeg.  
(90,55 % der Berecht.)

Nein-Stimmen: 2.352 = 3,03 % der abgeg.  
( 2,82 % der Berecht.)

- #### B - AUßERHALB DES LANDES (Kämpfer, Kader und Studenten, die in der Partei aktiv arbeiten - einschließlich einiger Auswanderer):

1. Ausgegebene Wahlscheine (Wahlberechtigte)

Ja-Zettel: 4.517

Nein-Zettel: 4.517

2. Abgegebene

Stimmen: 4.517 = 100 %

Ja-Stimmen: 4.517 = 100 %

Nein-Stimmen: - = 0 %

#### C - ZUSAMMENGEFARTES ERGEBNIS (innerhalb + außerhalb)

1. Ausgegebene Wahlscheine (Wahlberechtigte)

Ja-Zettel: 87.517

Nein-Zettel: 87.517

2. Abgegebene

Stimmen: 82.032 = 93,73 %

Ja-Stimmen: 79.680 = 97,15 % der abgeg.  
(91,04 % der Berecht.)

Nein-Stimmen: 2.352 = 2,87 % der abgeg.  
( 2,80 % der Berecht.)

Was die Wahlbeteiligung in den einzelnen Gebieten betrifft, so ist die höchste im befreiten Norden zu verzeichnen, wo 95,30 % der Wahlberechtigten ihre Stimme abgaben, während sie mit 87,93 % im Osten am niedrigsten war. Die höchste Stimmabgabe mit "Ja" im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen ist mit 97,85 % im befreiten Süden zu verzeichnen, die niedrigsten ebenfalls im Osten mit 94,49 %. In sechs Ortschaften war der Anteil der Nein-Stimmen leicht höher als der der Ja-Stimmen. In einem Dorf im befreiten Norden wurden 100 % Nein-Stimmen abgegeben, weil sich die Bevölkerung dieses Dorfes und die der anderen Dörfer des Gebietes nicht über die Kandidatur eines Volksvertreters einigen konnten.

Von den Volksmassen wurden die folgende Anzahl von regionalen Räten und Volksvertretern in der ANP gewählt: 273 regionale Räte; bei den 99 Vertretern, die in der ANP vertreten sein werden, wurden 91 von den gewählten Regionalräten, 5 von der Nationalunion der Arbeiter (UNTA) und 3 von der Nationalkonferenz der Jugendlichen und Studenten gewählt.

Als Vertreter der Gebiete, die von den Okkupationstruppen noch besetzt und tatsäch-

lich kontrolliert werden, wurden provisorisch 21 Abgeordnete in die ANP gewählt, 3 für Bafata, 4 für die Bissagos-Inseln, 9 für die Insel Bissau einschließlich der Hauptstadt und 5 für die Insel Bolama einschließlich der Stadt.

Die Durchführung der allgemeinen Wahlen in Guinea-Bissau und die Schaffung der ersten Nationalversammlung unseres Volkes sind politische Tatsachen von historischer Bedeutung für das neue Leben, das wir aufbauen und für die weitere Entwicklung des heldenhaften Unabhängigkeitskampfes unseres Volkes. Diese Initiativen haben die begeisterte Zustimmung der Bevölkerungsmassen in den befreiten Gebieten gefunden und ein sehr positives Echo unter der Bevölkerung der noch durch die portugiesischen Kolonialtruppen besetzten Gebiete hervorgerufen; sie eröffnen neue Perspektiven für unseren Befreiungskampf. Sie werden zur Stärkung des Kampfes auf den Kapverdischen Inseln beitragen, die integrierter und untrennbarer Teil unseres nationalen Territoriums sind und wo zum geeigneten Zeitpunkt ebenfalls die erste Volks-Nationalversammlung geschaffen werden wird; dies geschieht dann im Hinblick auf die Bildung eines obersten Organs der nunmehr erreichten völligen Souveränität unseres Volkes und seines Einheitsstaates: die Oberste Volksversammlung von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln.



Auf einer Plantage im befreiten Gebiet von Guinea-Bissau.

Kurze Zeit nach der vom Obersten Kampfrat getroffenen Entscheidung für die Schaffung einer ANP in Guinea-Bissau hat der Entkolonialisierungsausschuß der Organisation für Afrikanische Einheit im Verlauf seiner 848. Sit-

zung am 10. April 1972 in Conakry unsere Partei, die P.A.I.G.C., als einzigen und rechtmäßigen Vertreter des Volkes von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln anerkannt. Die 27. Sitzung der Vollversammlung der Vereinten Nationen hat diese Anerkennung bestätigt.

Wenn diese Tatsachen auch einerseits nur die unerschütterliche Überzeugung unseres Volkes bekräftigen, das immer schon unsere kämpfende Partei als den einzigen rechtmäßigen und wahrhaften Vertreter seiner unabdingbaren Interessen und seiner legitimen Ansprüche auf Unabhängigkeit, auf Frieden und Fortschritt ansah, so sind sie doch andererseits dazu angetan, den allgemeinen Wahlen und der Schaffung der ANP durch unsere Partei eine neue Dimension und internationale Geltung zu verschaffen. Hier handelt es sich unzweifelhaft um ein Ereignis neuer Art, wenn nicht um einen neuen Weg im Rahmen des Kampfes der Völker für ihre Befreiung von der imperialistischen Herrschaft. Ein Ereignis und ein Weg, die völlig übereinstimmen mit den internationalen Gesetzen und den internationalen Wertvorstellungen unserer Tage, mit der Charta und mit den Resolutionen der Vereinten Nationen.

Die Nationalversammlung unseres Volkes in Guinea-Bissau wird ihre erste Sitzung im Jahre 1973 in unserem Lande abhalten, sobald die Vorbereitungen für die Sitzung beendet sind. Sie wird dann die erste Mission, die ihr zukommt, erfüllen: die Proklamierung unseres Nationalstaates, die Verkündung der Verfassung und die Schaffung der nötigen Exekutivorgane.

Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der allgemeinen Wahlen verfolgen wir das Ziel, die Weltöffentlichkeit und alle nationalen und internationalen Behörden über dieses hervorragende Ereignis unserer Geschichte und des Kampfes unseres Volkes zu informieren. Wir legen in diesem Augenblick Wert darauf, noch einmal festzustellen, daß wir des Sieges unseres Volkes gegen die besonders reaktionären portugiesischen Kolonialisten sicher sind. Ebenfalls bekennen wir erneut unser Vertrauen auf die vorbehaltlose moralische und politische Unterstützung der unabhängigen Staaten Afrikas und aller anderen antikolonialistischen und antirassistischen Kräfte der verschiedenen Kontinente gegenüber den Entscheidungen, die unsere Volks-Nationalversammlung treffen wird, und der gerechten Sache der Unabhängigkeit und des Fortschritts unseres Volkes.

8. Januar 1973. Für den Obersten Kampfrat  
Amilcar Cabral, Generalsekretär der P.A.I.G.C.

Wie nicht anders zu erwarten war, versuchen südafrikanische Regierungsvertreter, Sprecher des größten südafrikanischen Bergbaumonopols, der Anglo-American Corporation, und die westlichen Medien den Mord an zwölf Bergleuten auf der Western Deep Levels Mine am 11.9.1973 herunterzuspielen. Voller Genugtuung registriert die großbürgerliche Presse Südafrikas, daß bereits nach zwei Tagen das Thema aus den bürgerlichen Zeitungen der westlichen Welt verschwunden ist. So schreibt die in Johannesburg erscheinende Financial Mail am 21.9.1973: "Die Pressekommentare im Ausland sind - nach der notwendigerweise erregten Reaktion am Mittwoch und Donnerstag letzter Woche - verstummt und teilweise sogar verständnisvoller geworden. Das haben wir vor allen Dingen der Qualität und dem gesunden Menschenverstand der in Südafrika arbeitenden ausländischen Journalisten zu verdanken ...". - Wir nehmen den Mord an zwölf afrikanischen Bergarbeitern zum Anlaß, näher auf die Hintergründe dieses Verbrachsens einzugehen, um die Bande der fortschrittlichen Solidarität zwischen den unterdrückten Völkern des südlichen Afrika und den fortschrittlichen Kräften in der BRD festigen zu helfen.

**Alfons I. Bresche**

## **Ermordung**

## **von zwölf afrikanischen Arbeitern**

### **Waffeneinsatz gegen Arbeiterforderungen**

Ein eifriger Förderer enger Beziehungen zwischen der BRD und der RSA, der CSU-Vorsitzende F.J. Strauß, hat nach einem seiner häufigen Südafrika-Besuche die Apartheid als eine politische Praxis beschrieben, die durch "eine Art religiöses Verantwortungsbewußtsein für das Wohlergehen und den Aufstieg anderer Bevölkerungselemente" gekennzeichnet sei<sup>1)</sup>. Daß Apartheid für 18 Millionen schwarze Südafrikaner jedoch extreme kapitalistische Unterdrückung und Ausbeutung bedeutet, zeigte sich erneut, als afrikanische Minenarbeiter des Goldbergwerks "Western Deep Level"<sup>2)</sup> angesichts steigender Preise und zunehmender Arbeitshetze Lohnernhöhungen forderten. Nachdem die Minenarbeiter länger als eine Woche gegenüber dem Management der zur Anglo-American Corporation gehörenden Mine<sup>3)</sup> ihre Lohnforderungen unterbreiteten, griffen die Arbeiter nach offensichtlich erfolglosen Verhandlungen zum Mittel des Streiks. Gegen die sich abzeichnende Solidarisierung unter den 8 500 afrikanischen Bergleuten in dem kasernenähnlichen Wohnlager der Mine rief das Management des größten südafrikanischen Bergbaumonopols die Polizei zur Hilfe. Es galt, wie es der stellvertretende Polizeiminister des Rassenregimes formulierte, "den Vorfall zu isolieren".<sup>4)</sup> Als auch die Minenarbeiter angesichts der anwesenden Polizei auf der Verwirklichung ihrer Arbeitskämpfziele beharrten und sich gegen den Polizeieinsatz empörten, eröffnete die Polizei ohne Vorwarnung auf die Arbeiter das Feuer. Bei diesem von Konzernführung und Staatsapparat zu verantwortenden Massaker wurden 12 Bergleute ermordet und 27 Personen verletzt.<sup>5)</sup>

Die konzertierte Aktion von Staatsapparat und Bergbaumonopol beim brutalen Vorgehen

gegen streikende Arbeiter verweist auf eine objektive Funktion der Goldproduktion, der Regierung Mittel für Investitionen, Infrastrukturmaßnahmen und Aufrüstung zur Verfügung zu stellen.

### **Das System der Ausbeutung in den Goldminen**

Damit der aus der Goldproduktion stammende Profit ungeschmälert für die ökonomische und politische Expansion der herrschenden Klasse Südafrikas abgeschöpft werden kann, ist ein ganzer Komplex von Mitteln und politischen Rahmenbedingungen geschaffen worden, die allesamt die extreme Ausbeutung der schwarzen Arbeiterklasse möglich machen und sichern helfen sollen.

Das System der Wanderarbeit, das der Herausbildung eines seßhaften afrikanischen Proletariats entgegenwirkt und die Arbeiter zu sozialer und politischer Rechtlosigkeit verdammt, ist nicht die einzige Quelle von Extraprofiten. Indem sich die einzelnen Monopolgruppen der Bergbauindustrie zu einem Nachfragemonopol auf dem Arbeitsmarkt zusammengeschlossen haben, sind sie in der Lage, die Lohnhöhe und die Arbeitsbedingungen gegenüber dem wehrlosen afrikanischen Proletariat zu diktieren. Diese Monopolherrschaft auf dem Arbeitsmarkt wird im Interesse der Erzeugung einer großen Reservearmee durch dessen Erweiterung auf Gebiete wie Malawi, Moçambique, Angola usw. gefestigt.<sup>6)</sup>

Diese speziellen Ausbeutungspraktiken der Bergbaumonopole werden durch die in Südafrika allgemein geltenden Unterdrückungsmethoden ergänzt: Durch das Streik- und Gewerkschaftsverbot soll es den Minenarbeitern unmöglich gemacht werden, direkt am Arbeitsplatz Einfluß auf die Lohnhöhe und die Arbeitsbedingungen zu nehmen.<sup>7)</sup>

### Lage der schwarzen Arbeiterklasse

Angesichts dieses Arsenal von Ausbeutungspraktiken ist es nicht verwunderlich, daß 1969 die Jahreslohnsumme für die in den Goldminen beschäftigten 39 660 Weißen 158,9 Mio. Rand betrug, auf die 364 151 schwarzen Minenarbeiter aber nur 72,3 Mio. Rand entfielen. Die Lohnkluft zwischen Weißen und Schwarzen betrug 1969 20:1 und das Realeinkommen schwarzer Bergleute senkte sich zwischen 1911 und 1969<sup>8)</sup>. Damit ist aber die Ausbeutung, denen der schwarze Minenarbeiter unterliegt, nur sehr unzureichend beschrieben: Aufgrund fehlender gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht konnte das schwarze Proletariat keine befriedigenden Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen durchsetzen. Zwischen 1936 und 1966 kamen in den Goldminen 19 000 Bergleute aufgrund von Arbeitsunfällen ums Leben, 93% dieser Unfalltoten waren Schwarze<sup>9)</sup>. Im Gegensatz zur privilegierten Schicht der weißen Minenarbeiter erhalten die schwarzen Proletarier keinen bezahlten Urlaub, keine Altersrente, keine Unfallrente im Falle von Frühinvalidität und keine finanzielle Hilfe im Krankheitsfalle<sup>10)</sup>. Nachdem die eigentliche Quelle allen Profits in der Minenindustrie, die Arbeitskraft des schwarzen Arbeiters, im

Ausbeutungsprozeß zerstört oder nach durchschnittlich sieben Jahren<sup>11)</sup> aufgezehrt worden ist, wird der afrikanische Proletarier wie ein wertlos gewordener Gegenstand in die südafrikanischen Reservate oder sein Ursprungsland abgeschoben.

### Löhne und Profite in den Goldminen

An der Lage des schwarzen Proletariats in den Goldminen hat sich in der Zeit zwischen 1969 und 1973 nichts wesentliches geändert. Wenngleich sich z.B. die monatlichen Durchschnittslöhne der 120 000 schwarzen Minenarbeiter der Anglo-American Corporation in der Zeit zwischen 1970 und 1973 von 18 auf 32 Rand nicht zuletzt unter dem Druck der Streikbewegung der afrikanischen Arbeiterklasse im Frühjahr dieses Jahres erhöht haben<sup>12)</sup>, so ist zu berücksichtigen, daß diese Einkommenssteigerung durch starke inflationäre Tendenzen aufgezehrt wird<sup>13)</sup>. Das durchschnittliche Realeinkommen eines schwarzen Arbeiters auf einer Mine der Anglo-American Corporation dürfte sich gegenüber 1970 nur geringfügig geändert haben.

Demgegenüber haben sich die Profite im Goldbergbau in den letzten beiden Jahren vor allem im Zeichen der Weltwährungskrise erheb-



lich erhöht. Die starken Goldpreissteigerungen haben die Profite der Bergbaumonopole allein im zweiten Quartal 1973 gegenüber dem ersten Quartal 1973 um 40 bis über 180% ansteigen lassen<sup>14)</sup>. Bereits nach den enormen Profitsteigerungen des Jahres 1972, in dem der Bruttogewinn sich gegenüber 1971 um 212 Mio. Rand (=63%) auf 548 Mio. Rand erhöhte, hatte die großbürgerliche Finanzzeitung "Financial Mail" vorgeschlagen, im Interesse der Aufrechterhaltung einer störungsfreien kapitalistischen Verwertung in der Goldminenindustrie die Löhne der schwarzen Arbeiter um 100 % zu erhöhen<sup>15)</sup>. Gegenüber diesem Ratschlag setzte sich - wie die Ermordung der zwölf Proletarier zeigt - jene kapitalistische Verhaltensweise durch, die Karl Marx treffend beschrieb: "Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert ..."<sup>16)</sup>.

Anmerkungen:

- 1) Die Welt, 11.5.1966
- 2) Die Mine liegt etwa 65 km südwestlich von Johannesburg bei Carletonville.
- 3) An der Western Deep Levels Mine ist die Anglo-American Corporation mit einem Kapitalanteil von 50%, die britische Großbank Barclays Bank mit 26 % beteiligt.
- 4) The Star, Johannesburg, 15.9.1973.
- 5) Ebenda.
- 6) 1971 waren rund 78 % der 386 174 beschäftigten Afrikaner der Minenindustrie "Ausländer". Vgl. A Survey of Race Relations in South Africa 1972, Johannesburg 1973, S. 291.
- 7) Vgl. Francis Wilson, Labour in the South African Gold Mines 1911 - 1969. Cambridge 1972, S.76 ff.
- 8) Ders., a.a.O., S.7 ff, 46, 66, 158 f, 159f.
- 9) Ders., a.a.O., S.21.
- 10) Ders., a.a.O., S. 47 ff.
- 11) Ders., a.a.O., S. 137.
- 12) Vgl. A Survey of Race Relations in South Africa 1972, a.a.O., S. 290; Financial Mail, Johannesburg, 8.6.1973, S.907. Diese Lohnhöhe macht 30 - 40 % des absoluten Existenzminimums aus. Vgl. AIB, Nr. 7-8/1973, S. 32 f.
- 13) Der Konsumgüterpreisindex stieg zwischen April 1970 und Mai 1973 von 100 auf 129,5. Vgl. Barclays International Review, August 1973, S. 34 f.
- 14) Vgl. Barclays International Review, a.a.O. S. 31 ff.
- 15) Vgl. Financial Mail, 9.2. 1973, S. 444 ff.
- 16) Vgl. Karl Marx, Kapital I, Berlin 1961, S. 801, Anm. 250.



Diskriminierung am Arbeitsplatz: Die Anwendung extremster Ausbeutungsmethoden und die Herausbildung einer weißen Arbeiteraristokratie haben dazu geführt, daß die Afrikaner nur ungelernete oder angelernte Tätigkeiten verrichten.

## BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto  
 Einzelpreis 1,50 DM, Doppelnummer 3,00 DM.  
 Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren pro  
 Nummer 33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"  
 p.A. Barbara Schilling  
 355 Marburg/Lahn  
 Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto. Nr. 312 093,  
 PSchA Frankfurt/Main, Barbara Schilling,  
 Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

# KURZINFORMATIONEN

## Laos

Am 14. September 1973 unterzeichneten die "Patriotische Front von Laos" ("Pateth Lao") und die Regierung Prinz Souvanna Phoumas in Vientiane, der Hauptstadt von Laos, ein Zusatzprotokoll zum "Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der Nationalen Eintracht in Laos" (vgl. AIB Nr. 4/1973), welches am 21.2.1973 von beiden Seiten abgeschlossen worden war.

Das Zusatzprotokoll vom 14. September regelt einmal die Zusammensetzung einer provisorischen Koalitionsregierung, zum zweiten die eines Politisch-Konsultativen Rates, der einer parlamentarischen Körperschaft entspricht.

Der bis zum 10. Oktober 1973 zu bildenden provisorischen Regierung der Nationalen Eintracht soll der 72jährige Chef der Vientianer Verwaltung, Prinz Souvanna Phouma, als Ministerpräsident vorstehen. Fünf Kabinettsitze erhält die Patriotische Front (Außenministerium, Information und Propaganda, Wirtschaft und Planung, Verkehr und öffentliche Arbeiten, Kultur) und fünf die Vientianer Seite (Verteidigung, Inneres, Finanzen, Erziehung und Gesundheitswesen). Die Ministerien für Justiz und für Fernmeldewesen werden unabhängigen Persönlichkeiten übertragen.

Der Politische Konsultativrat umfaßt 42 Mitglieder: jeweils sechzehn von der Patriotischen Front und von der Vientianer Seite, sowie zehn Unabhängige. Die Patriotische Front stellt darüberhinaus den Vorsitzenden des Konsultativrates und seinen ersten Stellvertreter.

Den neuen Machtorganen fällt die Aufgabe zu, eine ständige Regierung zu bilden und demokratische Wahlen zur Nationalversammlung vorzubereiten.

Des weiteren wurde den Streitkräften der Patriotischen Front das Recht zugebilligt, bewaffnete Einheiten in gleicher Stärke in der Hauptstadt Vientiane und in Luang Prabang, dem Sitz des Königs zu stationieren.

Wie wichtig zur Stabilisierung des Friedens auch diese Maßnahme ist, hat der gescheiterte kürzliche Putschversuch reaktionärer Kräfte bewiesen.

Mit der Unterzeichnung der Protokolle setzt ferner eine 60-Tage-Periode ein, innerhalb der alle ausländischen Truppen das Land verlassen müssen. D.h. die zahlreichen US-

"Militärberater" und 17 000 thailändische Söldner wurden gezwungen, auch hier in Laos erfolglos den Rückzug anzutreten.

Die Patriotische Front kann dieses Verhandlungsergebnis als einen bedeutenden Erfolg ihres heroischen opferreichen politischen und militärischen Kampfes werten, in dem sie vier Fünftel des laotischen Territoriums befreite. Der Weg steht nun für eine neue Entwicklungsetappe offen, obgleich nach wie vor höchste Wachsamkeit vor neuen imperialistischen Verschwörungen am Platze ist. Die Patriotische Front hat bei der künftigen Gestaltung eines neutralen, unabhängigen Laos ihr maßgebliches Mitentscheidungsrecht durchgesetzt. So wurde letztlich auch in den 28 Artikeln des Abkommens vom 14.9.1973 das zu Ungunsten des Imperialismus veränderte Kräfteverhältnis festgeschrieben.

(Nouvelles du Laos, Nr. 42 extra, Hanoi, September 1973 und ND, 22.9.1973)

## RSV

Die Freilassung der politischen Gefangenen aus den Konzentrationslagern des Thieu-Regimes steht seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnam-Abkommens vom 28.1.1973 im Zentrum der Solidaritätsaktionen mit dem vietnamesischen Volk. Aus neuesten Berichten geht hervor, daß die Zahl der politischen Gefangenen in den letzten Monaten auf über 300 000 gestiegen ist. Ziel des wachsenden Terrors in den von Thieu kontrollierten Gebieten ist es, die "dritte Kraft" als "kommunistisch" zu diffamieren und zu zerschlagen, um sie als politischen Faktor auszuschalten.

Solidarität mit den politischen Gefangenen ist auf verschiedene Weise möglich. So hat die Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS), 6 Frankfurt, Eichwaldstr. 32, zu einer Briefaktion aufgerufen: Namen politischer Gefangener mit genauen Adressen sowie Briefmodelle können bei der IIVS angefordert werden. Es geht darum, bei den Behörden des Thieu-Regimes keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir die Zahl der Gefangenen und ihre Namen kennen und daß wir sie für das Schicksal dieser Menschen verantwortlich machen. Darüberhinaus bedeuten solche Briefe für die Gefangenen, auch wenn sie sie nicht immer erreichen, eine große moralische Ermutigung. Diese Briefkampagne läuft seit dem Sommer in Frankreich, Italien, Schweden, USA, Kanada

und anderen Ländern.

Einen anderen Aspekt der Solidarität mit den politischen Gefangenen berücksichtigt ein neues Projekt der "Hilfsaktion Vietnam e.V.": Die politischen Gefangenen, die aus den Konzentrationslagern des Thieu-Regimes in den nächsten Monaten entlassen werden, bedürfen



„Nein, hier in Saigon haben wir nur Kriminelle!“

Karikatur: Monte

sofortiger medizinischer Betreuung. Sie leiden in der Regel an Tuberkulose, parasitären Krankheiten und an Malaria. Die "Hilfsaktion Vietnam e.V." will dem Gesundheitsministerium der Provisorischen Revolutionären Regierung zwei bewegliche Sanitätsstationen im Wert von 400 000 DM zur medizinischen Betreuung freigelassener politischer Gefangener zur Verfügung stellen. Sie werden aus Röntgenabteilung, Chirurgie, Labor und Apotheke bestehen und sollen im Gebiet von Loc Ninh eingesetzt werden. Beide Stationen enthalten allein zur Bekämpfung der Tuberkulose Medikamente, mit denen 1 000 Menschen ein Jahr lang wirksam behandelt werden können.

Wir bitten darum, bei den kommenden Vietnam-Aktionen zu Spenden aufzufordern und diese zu überweisen an:

Hilfsaktion Vietnam e.V. Postscheckkonto Essen  
900 40 - 430

## Madagaskar

Die Regierung der Republik Madagaskar beschloß die Gründung einer nationalen Außenhandelsgesellschaft "Sonaco", deren Kapital ganz in den Händen des Staates liegt. Diese Maßnahme, die breite Zustimmung unter der Bevölkerung fand, wird im Rahmen der neuen Wirtschaftspolitik realisiert, die am 1. September von Regierungschef General Gabriel Ramanantsoa verkündet wurde. Danach nimmt die Republik "die lebenswichtigen Wirtschaftsbereiche wie Bankgeschäfte, Versicherungen, Innen- und Außenhandel, Energetik, Bergbau und auch die Herstellung von Pharmazeutika" in ihre Hände. Ramanantsoa sprach von dem Vorhaben, eine Reihe

der von Auslandsmonopolen beherrschten Bereiche zu nationalisieren, und erklärte, daß "die nationale Kontrolle über die Wirtschaft unveränderliches Ziel bleibt."

(Neue Zeit, Nr. 37/1973, S.9)

## Bolivien

Die innenpolitische Krise in Bolivien, hervorgerufen durch die Repressalien des reaktionären Militärregimes, verschärft sich weiter.

Anfang Oktober wurden in La Paz, der Hauptstadt Boliviens, 90 Gewerkschaftsführer verhaftet. Die Werktätigen beantworteten diese Verhaftungswelle mit Proteststreiks: 45 000 Arbeiter und Angestellte aus Industriebetrieben, Banken und staatlichen Institutionen traten in den Ausstand.

Sie forderten die sofortige Freilassung der Gewerkschafter, die Wiederherstellung und Sicherung der politischen und sozialen Rechte der bolivianischen Werktätigen, die Aufhebung der Unterdrückungsgesetze sowie die Erhöhung der Löhne (der Reallohn war in den letzten Monaten aufgrund enormer Preissteigerungen erneut gesunken).

Die reorganisierte Bolivianische Arbeiterzentrale (COB) unterstützte diesen Kampf und kündigte - durch den Militärputsch in Chile bestärkt - der nationalen Oligarchie und den ausländischen Monopolen den Kampf an. Die COB forderte: "die Durchführung von Reformen und eine Begrenzung der Herrschaft der Oligarchie und der Monopole." (ND, 30.9.1973)

Das Antimperialistische Informationsbulletin veröffentlichte u. a. folgende Materialien zum Thema

## NAHER OSTEN

### AIB Nr. 5 / 1973

- Zionismus, Israel und Palästinenser
- Die Unterstützung Israels durch die USA und die BRD
- Die Rolle Israels in der imperialistischen Globalstrategie und die Lösung des Nahost-Konflikts

### AIB Nr. 6 / 1973

- Bericht zur Nahost-Konferenz in Bologna
- Interview mit Yoram Gozhanski

### AIB Nr. 7-8 / 1973

- Appell des Internationalen Israel Hearings
- Zionistische Politik der Umsiedlung
- Israelischer Besatzungsterror
- Interview mit dem ägyptischen Kultusminister